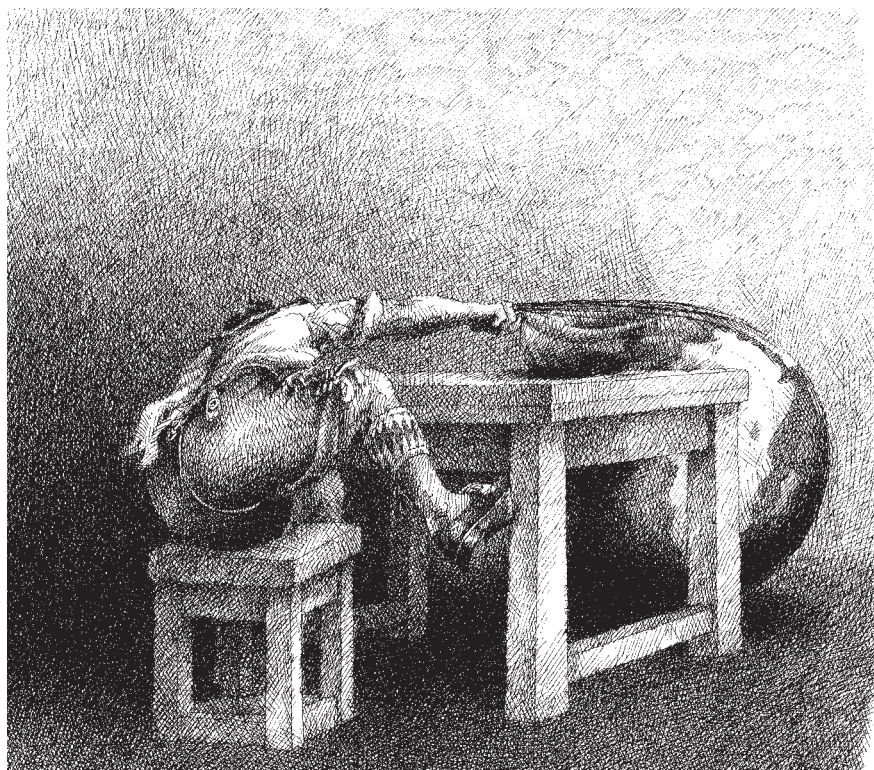


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Bayernwahl: SPD am Abgrund – Opposition am Ende? 3



„Gegen den Rest der Welt“ aus: Bayern vorn! Bucher 1988, München und Luzern, ISBN 3 7658 0565 3

**Irak: US-Besatzung in
Bedrängnis – Schröder
pokert 6**

**BAG Wohnungslosen-
hilfe fordert Einführung
eines Soziallevels 16**

**Anforderungen der PDS an
eine Gemeindefinanz-
reform in der Bundesrepu-
blik Deutschland 12**

**Abschied von
Vera Picková 18**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

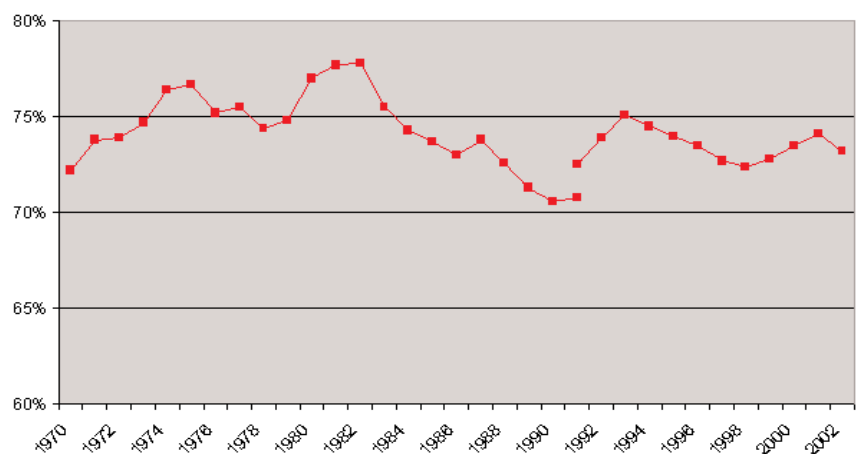
AKTUELL

SOZIALHILFE (I). Städte und Gewerkschaften kritisieren beträchtliche Mängel bei der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Befürchtung Nr. 1: Der Bund versuche damit Kosten für die Langzeitarbeitslosen auf die Kommunen abzuwälzen. In der gemeinsamen Erklärung von Städtetag, Städte- und Gemeindebund sowie des DGB heißt es dazu: „Eine Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe darf aber nicht zu neuen Verschiebungen führen und damit zu Lasten der Langzeitarbeitslosen und der Städte und Gemeinden gehen. Die Reform muss die Finanzbasis der Kommunen stabilisieren, indem sie die Städte und Gemeinden von den Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit entlastet. Sie lehnen Vorschläge ab, die eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit bei den Sozialämtern vorsehen.“ Könnte man hier vielleicht noch von einem Konflikt zwischen verschiedenen Bürokratien sprechen, trifft dies auf den zweiten Kritikpunkt von Städten und Gewerkschaften nicht zu: Durch Schlampigkeit oder Absicht wird im Gesetzentwurf der Bundesregierung der Begriff der Erwerbsfähigkeit, der darüber entscheidet, ob jemand zum Arbeitslosengeld II gehört oder in die Kategorie Sozialhilfe sehr eng gefasst. Während bisher in der Sozialhilfe von medizinisch festgestellter Erwerbsfähigkeit ausgegangen wurde, ist im Gesetzentwurf nur von „arbeitsfähig“ die Rede, d.h. auch mangelnde Sprachkenntnisse, Alter usw. können gemeint sein. Damit würden, so die Befürchtungen bei den

Städten, bisherige Langzeitarbeitslose in die kommunale Verantwortung abgedrängt, womit auch die angebliche Kostenentlastung der Kommunen nur auf dem Papier stünden.

SOZIALHILFE (II). Der Paritätischer Wohlfahrtsverband warnt: „Ohne deutliche Erhöhung der Sozialhilfe treibt die Hartz-Reform Millionen von Menschen in Armut“. „Die grundsätzlich begrüßenswerte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe darf nicht dazu führen, dass künftig zusätzlich 1,7 Millionen Menschen in die Armut geschickt werden“, mahnt Barbara Stolterfoht, die Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands. Das künftige Arbeitslosengeld II soll dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen. Da diese jedoch seit Jahren nicht mehr an die massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst worden sei, decke sie längst nicht mehr das gesellschaftliche Existenzminimum, so Stolterfoht. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert daher: Die Sozialhilfe, an der sich das Arbeitslosengeld II orientiert, muss um 16 Prozent erhöht werden. Kinder sollen zudem durch eine eigene Kindergrundsicherung wirksam vor Armut geschützt werden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband betont zudem, dass durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe fast 40 Prozent der Menschen, die derzeit Arbeitslosenhilfe beziehen, überhaupt keine Leistungen mehr erhalten, weil unter anderem die Einkünfte von Ehepartnern stärker angerechnet werden.

Entwicklung der Lohnquote



LOHNQUOTE. Der DGB veröffentlicht eine Grafik zur Entwicklung der Lohnquote. Er schreibt dazu: Seit Anfang der 80er Jahre sinkt der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Volkseinkommen gegenüber den Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen. Die bereinigte Bruttolohnquote lag im Jahr 2002 nur noch bei 73,2 Prozent. Das entspricht dem Niveau der 70er Jahre. Damit setzt sich die Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten fort.

Anmerkungen:

Aufgrund der Deutschen Einheit kam es 1991 zu einer Verschiebung der Lohnquote.

Lohnquote als bereinigte Bruttolohnquote: Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen. Sie umfasst neben den Arbeitnehmerentgelten alle Lohnkostenbestandteile (Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung; freiwillige Sozialleistungen, vermögenswirksame Leistungen, etc.). Bereinigung um Veränderungen in der Erwerbstätigenzahl.

Die SPD am Abgrund, die Opposition am Ende?

Die SPD und B90/Grüne versuchten in den letzten Wochen verstärkt zu mobilisieren mit der Warnung, es drohe eine 2/3-Mehrheit der CSU im Landtag. Geholfen hat es nichts. Die Wahlbeteiligung sank um erhebliche 12,5 Prozent. Der prozentuale Zugewinn der CSU (7,8% gegenüber 1998) errechnet sich ganz aus der gesunkenen Wahlbeteiligung. Absolut hat auch die CSU Stimmen verloren. Die CSU hat die 2/3-Mehrheit der Sitze, die Grünen haben absolut und in Prozenten zugelegt. So stellt sich zuallererst die Frage: Was ist los mit der bayerischen SPD? Genauer gesagt: Was ist los mit der Landes-SPD, denn bei den Kommunalwahlen vor zwei Jahren hatte die Partei in Großstädten wie München, Nürnberg und Augsburg gut abgeschnitten.

Was ist los mit der Bayern-SPD?

Die Repräsentanten der Landtags-SPD erklären sich das Ergebnis vor allem daraus, dass die Sozialpolitik der Bundesregierung im traditionellen Wählerfeld der SPD abgelehnt wird. Da die Landtags-SPD für diese Politik nicht herausragend eintritt (und auch, weil sie auf den Gang der Dinge in Berlin schon lange keinen relevanten Einfluss mehr ausübt), zieht diese Erklärung nicht. Die Demoralisierung der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler ergibt sich aus der Perspektivlosigkeit der Partei in Bund und im Land. Schröders immer wiederholter Spruch, dass es zu seiner Politik keine Alternative gäbe, kehrt sich gegen die Partei. Sie stellt sich als eine Kraft dar, die eine Alternative nicht weiß. Die Politik der rot-grünen Bundesregierung nimmt den Parteigängerinnen und Parteigängern der SPD, die im gesellschaftlichen Raum in schweren Auseinandersetzungen stehen, den Wind aus den Segeln und weht ihnen das Argument von den Lippen.

Für die neue Mitte – und wo bleiben die Anderen?

Im Bereich der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen schwelt dieser Konflikt schon lange. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitikerinnen und -politiker können die Regierungspolitik nicht rechtfertigen, die selektiv die sogenannte „neue Mitte“ zu gewinnen strebt und dabei die Solidarität der arbeitenden Klassen beschädigt. Allerdings erleben die Betriebsräte und Ge-

werkschafter ihrerseits in ihrem eigenen Tätigkeitsbereich, wie sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse einstellen. Neuerungen in der Sozialgesetzgebung und im tariflichen Bereich stehen an. Die Demobilisierung entsteht nicht wegen der „Reformen“ oder weil „traditionelle Interessen“ verletzt würden, sie entsteht, weil die SPD aus dem politischen Gewicht und der Erfahrung der Arbeiterbewegung nichts macht, sondern allzu oft bloß den entsolidarisierenden Vorschlägen aus dem besitzbürgerlichen und Unternehmerlager folgt. Nur die Hoffnung auf eine bessere Konjunktur stiftet

noch Zusammenhalt.

Leider ist das nicht das einzige Loch in der politischen Zurüstung der SPD.

SPD düpiert Kommunalpolitik

Weniger in der Öffentlichkeit beachtet, vielleicht noch gefährlicher ist, wie die Bundes-SPD als Bundespartei ihre kommunalpolitisch engagierten Mitglieder düpiert. Ein trauriges Beispiel dafür bot vor wenigen Wochen die Regierung, als sie auf Intervention von Clement und Eichel eine richtungsweisende Reform der Kommunalfinanzen nicht thematisierte, sondern den Spitzenverbänden der Kommunen in den Rücken fiel. Damit hat die SPD nicht nur ihre sonst oft erfolgreichen und geachteten Kommunalpolitiker abqualifiziert, sie hat auch den reformpolitischen Spielraum, der in den Kommunen gegeben ist, eingeengt und damit Perspektive verloren. Am Wahlabend wurde von Experten immer wieder gefragt, warum die SPD ihre kommunalpolitischen Größen nicht einsetzen könne. Dazu: Das wird so lange nicht gehen, wie die SPD ihre kommunalpolitischen Grundsätze und Praktiken auf der Bundesebene und in den Ländern nicht in dem Sinne eine Kompetenz und Einnahmenverlagerung in Richtung der Kommunen klärt. So lange die Bundespartei vitale, weit parteiübergreifend empfundene und auch ausgesprochene Interessen der Kommunen missachtet, bloß um der Zentralregierung Platz für wirtschaftspolitische Manöver zu schaffen, solange wirkt das auf diesem wichtigen Politikfeld demobilisierend. Inhaltlich kann die SPD sich in den großen Städten Bayerns halten, weil in der kommunalen Politik der Grundsatz der Solidarität in praktische Politik umgesetzt werden kann. Dabei geht es nicht nur um Sozialpolitik im engen Sinne der Hilfe für Bedrängte, sondern um die gesamte Struktur des Angebotes öffentlicher Leistungen. Hier können Innovation und Solidarität zusammenkommen, und hier zeigen sich auch Mehrheiten dafür.

Die Schwäche der SPD, die eine Alternative zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik nicht weiß und sie dort, wo sie sich aufdrängt (Verfassungsrang und Finanzausstattung der Kommunen), nicht erkennt, wirkt vor allem demobilisierend. Die Mobilisierung einer so großen Wählerschar für die CSU erklärt sich daraus nicht.

	2003		Veränderung gegenüber 1998	
	Anzahl	%	Anzahl	%-P.
Stimmberechtigte	9084242	X	+238087	.
Wahlbeteiligung	5209732	57,3	-966116	-12,5

Stimmen/ Wahl- vorschlag	Gesamtstimmen				
	2003 Anzahl	2003 %	1998 %	Veränderung	
				Anzahl	%-P.
Stimmen:					
abgegeben	10402596	X	X	-1946068	.
ungültig	162137	1,6	1,3	+382	+0,2
gültig	10240459	100	100	-1946450	.
davon:					
CSU	6213024	60,7	52,9	-234740	+7,8
SPD	2010661	19,6	28,7	-1491239	-9,1
GRÜNE	792254	7,7	5,7	+99798	+2,1
FW	411088	4,0	3,7	-35027	+0,4
REP	229283	2,2	3,6	-208861	-1,4
ödp	200061	2,0	1,8	-17779	+0,2
FDP	263386	2,6	1,7	+61598	+0,9
BP	77393	0,8	0,7	-11187	+0,0
PBC	24460	0,2	0,1	+7151	+0,1
Fr.Franken	4246	0,0	0,0	+2280	+0,0
Unabh.Kand.	1337	0,0	.	[+1337]	[+0,0]
AUFBRUCH	6147	0,1	.	[+6147]	[+0,1]
BB	925	0,0	.	[+925]	[+0,0]
BüSo	6194	0,1	.	[+6194]	[+0,1]
Sonstige 98	X	.	1,1	[-133047]	[-1,1]

- nichts vorhanden
- . Zahlenwert nicht rechenbar
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- [] Aussagewert eingeschränkt wegen fehlender regionaler oder zeitlicher Vergleichbarkeit

In Bayern wird mit Erst- und Zweitstimme gewählt. Zur Errechnung der Sitzverteilung werden die Erst- und Zweitstimmen, die auf die Parteien und die Kandidaten entfallen, zusammengezählt. Parteien die nicht in jedem der 192 Wahlkreise präsent sind, haben schon gleich einen Nachteil.

CSU mobilisiert Hoffnungen

Ob und wie weit der Erfolg der CSU sich aus dem abgeleiteten Bedürfnis ergab, die Regierungspolitik von Rot-Grün auf diese verzwickte Weise zu bestrafen: Wenn, dann bewegt so ein Motiv nur wenige. Das Wahlergebnis drückt viel wahrscheinlicher Hoffnungen aus, die von den Wählern an die CSU und Stoiber geheftet werden.

Die CSU hat sich, geführt von Edmund Stoiber, in Bayern neuerlich als eine Kraft darstellen können, die die Modernisierung des Landes betreibt und dabei Rücksicht auf Lebensweise und Traditionen der Einwohner glaubwürdig verspricht.

Die CSU kann dabei an Erfahrungen der Nachkriegsjahrzehnte anschließen, in denen Bayern die Umwandlung von Agrarstaat zum modernen Industrieland (kräftig gefördert aus Bundesmitteln) durchmachte.

Mit Abschluss dieser Entwicklung und sinkenden Wachstumsraten schien die CSU in den achtziger Jahre an die Grenze dieser durch Subventionen und Staatsinterventionen gekennzeichneten Politik zu stoßen. Es gab auch dementsprechende Krisenerscheinungen. Die Perspektivlosigkeit der klassischen Landwirtschaft ermöglichte den Grünen, im konservativen Flächenstaat Fuß zu fassen. Aus der plötzlich ansteigenden Zahl der Modernisierungsverlierer speisten sich die REP, die aus einer Abspaltung der CSU entstanden. Das berüchtigte Amigo-System wurde öffentlich thematisiert.

Die Regierung Stoiber hat auf diese festgefahrene Situation reagiert. Auf einen kurzen Ausdruck gebracht: Man hat eine große Zahl von Wirtschaftsbeteiligungen im Bereich der klassischen Industrie veräußert und damit eine Reihe von Investitionen getätigt, die Hochtechnologie aus den Bereichen Medien, Informatik, Biotechnologie, Luftfahrt nach Bayern ziehen sollten, in dem klassischen Bereich der Automobilindustrie setzte dazu passend die Industrie mit BMW und AUDI auf die konsumkräftigen Schichten der Bevölkerung (und nicht etwa auf eine Ausdehnung der Konsumkraft im unteren Bereich). Die CSU hat sich dem Wandel vom klassischen Industrieland zum Hochtechnologieland und Medienstandort verschrieben. Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt ist, dass die Partei bei dieser Ausrichtung ihren Konflikt mit den Anhängern ökologischer Grundwerte klein halten kann.

Die Grünen sind da keine Gefahr im Teich mehr, sondern bloß der kleine Hecht, der die großen Karpfen am Schwimmen hält.

Obwohl die CSU keineswegs in der Lage ist, die industrielle Beschäftigungskrise zu steuern, obwohl die Staatsregierung hilflos zusieht, wie ganze Regionen abrutschen: Neben den Problemen der Gegenwart hat sie eine Zukunft anzubieten. Auf einem ganz anderen Blatt

steht, ob ihr Entwicklungskonzept greift. Zur Beurteilung dieser Frage haben die Daten in diesem Wahlkampf nicht ausgereicht. Nach der Datenlage könnte man behaupten, dass die Konzeption der Stadtregierung im großen Großraum München (greater münich nennt es die Staatsregierung) greift, in Nordbayern und in Ostbayern aber nicht. Noch nicht, sagt die CSU, wahrscheinlich nie, die SPD. Mangels eigener Vorstellungen hat die SPD darauf warten müssen, dass die Probleme der Modernisierungsvorstellung der CSU sich herausstellen. Franz Maget, der SPD Spitzenkandidat sagt, ein Wahltermin ein, zwei Jahre später wäre ihm viel lieber gewesen.

Einstweilen macht die Tatsache, dass die CSU eine wirtschaftspolitische Perspektive aufzeigt, viel aus. Für ihren großen Erfolg ist aber genauso wichtig, dass die Partei darauf verweisen kann, dass sie bei der letzten große Modernisierung Bayerns soziale Rücksicht auf die sozialen Belange der damals vor allem betroffenen Landbevölkerung walten ließ. Obwohl die von der CSU heute eingeforderte, eher brutale Sozialpolitik dafür so recht keinen Anhaltspunkt bietet, wird der Partei auf Grundlage dieser Erfahrung soziale Rücksichtnahme zugebilligt.

Opposition im Landtag unter 1/3

So steht jetzt im Landtag die CSU mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit da. Sie verspricht, diese Mehrheit schonend zu gebrauchen. Das Problem liegt auch nicht so sehr darin, dass die Regierungspartei zwei Drittel hat, sondern darin, dass die Opposition das Drittel von Stimmen, das gebraucht wird, um etwa Sondersitzungen des Landtags zu erzwingen, Untersuchungsausschüsse einzusetzen etc., nicht mehr hat.

Die Grünen, die mit der Losung „Wir zeigen's der schwarzen Macht“ angetreten waren, freuen sich laut über ihren Erfolg. Es ist ja auch klar, dass eine Regierungspolitik, die der neuen Mitte dienen will, eine Partei, die in den freien Berufen, den mittleren Beamtenlaufbahnen und dem mittleren Management Anhänger hat und wirbt, nicht trifft. Die bayerische Wahl zeigt aber auch Grenzen. Grüne Politik ist, gerade weil sie auf einem schmalen Ausschnitt der Gesellschaft basiert ist, nur im Bündnis möglich. Das rot-grüne Bündnis ist in Bayern unter einem Drittel, und für ein schwarz-grünes Bündnis wird die Partei strategisch nicht mehr gebraucht.

Mehrheiten gegen CSU-Politik bleiben möglich

Angeichts der Stärke der CSU geraten die grundlegenden Schwächen ihrer politischen Konzeption leicht aus dem Blick. So besagt eine häufig geäußerte Meinung, dass diese Partei es verstehe, in ihren Reihen das Spiel der Vielfalt der Interessen und Meinungen auszuüben, so dass sie die Rolle der Parteien als staat-

liche Vorfeldorganisation vollständig ausfüllt. An dieser Deutung ist die Beobachtung richtig, dass die CSU sich als eine Wertegemeinschaft sieht, in der Menschen sehr verschiedenen Sozialstatus neben- und miteinander wirken können. Die Grundstruktur dieses Wertezusammenhanges ist aber schwer defizitär. Ein Blick zurück in die Landesgeschichte: Als es vor Jahrzehnten zur Voraussetzung der Modernisierung wurde, die Schulen aus der Herrschaft vor allem der katholischen Kirche zu lösen, war die CSU dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage. Es bedurfte eines von den Liberalen angestoßenen Volksentscheides. Nur auf diesem Wege konnten die innerparteilichen Kräfte überspielt werden, freilich nicht ohne jahrelange Nachspiele.

Heute ist die CSU nicht in der Lage, die EU als säkularen Zusammenschluss zu begreifen. Sie will den Vorrang des christlichen Gott in der Verfassung Europas verankern. Sie ist nicht in der Lage, das kulturelle Erbe der religiösen Toleranz auf die neuen politischen Grenzen zu übertragen. Sie kann infolgedessen den Frieden nicht wahren. So hat die CSU auch die Vertriebenenverbände gepölpelt, bis dahin, dass diese wieder zu einer ersten Belastung der nachbarschaftlichen Beziehungen zu Tschechien und Polen werden. Die CSU ist auch nicht in der Lage, den Übergang von dem hoheitlich-patriarchalen „Zusammengeben“ von Menschen zu einer frei gewählten Partnerschaft zu begreifen, was die Voraussetzung für die staatliche Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften ist. Die strukturellen Defizite, die die CSU in Sachen religiöser und kultureller Toleranz hat, die nationalistisch, oft sogar volksgemeinschaftlich verengte Auffassung von sozialer Verpflichtung, die autoritäre Grundeinstellung, die in Arbeitnehmerorganisationen zuallererst eine Gefährdung der Effizienz der Wirtschaft sieht, schließlich die Unfähigkeit zum Ausgleich in der Außenpolitik, die immer wieder aufschießende Affinität zum Rechtsextremismus – die Defizite der CSU liegen auf Gebieten, auf denen die soziale Zukunft ganz wesentlich mitgestaltet wird.

Wegen dieser Defizite ist es möglich, in Sachfragen Mehrheiten gegen die erdrückende Landtagsmehrheit zu bilden. Das war und ist weiter möglich in Volks- und Bürgerentscheiden, und das war und bleibt weiter möglich in der kommunalen Politik.

So bleibt kleineren, kleinen und kleinsten Parteien Raum zu Entfaltung und die Möglichkeit, nicht nur Akzeptanz der Bevölkerung zu gewinnen, sondern in Verbindung mit Initiativen aus der Arbeiterbewegung und den neuen sozialen und politischen Bürgerbewegungen nicht nur einzelne Erfolge zu erzielen, sondern auch Erfahrungen zu machen, die zu einer erneuerten Programmatik und Praxis der Parteien der Linken führen.

maf

**Nazis um Martin Wiese
planten Anschlag
auf Jüdisches Zentrum**

Den Nazis den Boden entziehen

Der Terroranschlag gegen das jüdische Zentrum in München wurde aufgedeckt, aber der Horror sitzt fest. Symbolische Politik, wie sie die alten und neuen Nazis lieben, weiß aus Vorstellungen und Befürchtungen Politik zu machen. Die Befürchtungen, die sie wecken, und der Abscheu, den sie auslösen, erscheint ihnen als Machtwort, der ihren Zusammenhang stabilisiert. Was dagegen wirksam sein könnte, wird klarer, wenn man der spezifische Logik des Terrorplanes bis in die düsteren Ecken hinein nachgeht.

Neue Nazis und alte Kulte

München spielt im kultischen Zusammenhang der Nazis als „Hauptstadt der Bewegung“ eine herausragende Rolle. Hier gelang es bereits in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg okkulten Gruppen, expansive wirtschaftliche und politische Interessen des deutschen Reiches mit dem Wahn von Vorrecht und Herrschaftsanspruch der arischen Rasse zu verbinden. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es im Kampf gegen Demokratie und soziale Befreiung zum Schulterschluss des konservativen Bürgertums mit mordbereiten Banden. Nachher öffneten sich die Salons der feinen Gesellschaft den Blutbesudelten. Hier konnte die Nazibewegung auch spezifische Kunst- & Kulturvorstellungen entwickeln. Hier einte die Unterwerfung unter den einen Führer die zerstrittenen Banden, und nur so, als Gefolgschaft des Führers, gelangten die Nazis in Besitz der staatlichen Macht. Vor den Toren Münchens entstand das erste Konzentrationslager. In München wurde mit der Ausru-

fung der Reichspogromnacht auch der entscheidende Schritt getan, die Staatsmacht mit dem parteimäßig organisierten Terror zusammenzuführen.

Berlin steht anders für den Nationalsozialismus als Politik des deutschen Imperialismus, für die Organisation von Herrschafts- und Wirtschaftsräumen, die Planung der Vernichtung durch Arbeit in diesen Zonen, die Organisation der Shoa, des totalen Kriegs. München steht für den Nationalsozialismus als Kultus, als Lebenslehre und Gefüge von Glaubenssätzen.

Gerade in der Gegenwart, in der die Nazibewegung weit von den Hebeln der politischen Macht entfernt ihre Umtriebe entwickelt, ist gerade der kultische Zusammenhang der neuen Nazis mit der alten Bewegung von erheblicher praktischer Bedeutung. Die Erinnerung an die Entwicklung der NSDAP von einer Kleinstpartei zur Horrorgroße organisiert Zusammenhalt, eröffnet Zukunftserwartungen, schafft Aktionsbereitschaft. Für die Nazis ist der Standort München herausragend wichtig.

Jahrzehntlang hatte in der Stadtgesellschaft die Tendenz überwogen, über die ortsspezifische Vergangenheit Gras wachsen zu lassen. Aber die Faschisten hatten nicht die Absicht, ihre kultischen Stätten und die Geschichtsmythen, die sich darum ranken, aufzugeben. Das zeigte sich markanter bei dem Versuch der Faschisten, die erste Wehrmachtsausstellung, die in München im Rathaus stattfand, anzugreifen. Der Versuch wurde abgewehrt. Es folgte eine Vielzahl von Aktionen von Faschisten. So wichtig es ist, dass faschistische Auftritte durch antifaschistische Gegenaktionen konterkariert werden, so wichtig ist es auch zu begreifen, dass die Verbrechen der Nazis nicht nur ein abschreckendes geschichtliches Beispiel darstellen, sondern durch die Zeit eine bis heute reichende praktische Wirkung entfalten.

Die Nazis zum Beispiel richten sich seit der Niederlage des Faschismus daran auf, dass jüdisches Leben in Deutschland fast ausgerottet worden war und nun, wie sich diese Verbrecher oftmals brüsteten, endgültig erledigt sei.

Der von einer breiten Öffentlichkeit getragene Entschluss der Stadt München, die Initiative der jüdischen Gemeinde für ein jüdisches Zentrum mitten in der Stadt zu fördern, hat sich nicht nur aus einer Pflicht ergeben, die angesichts der Verbrechen des Dritten Deutschen Reiches bestand. Es ging auch um eine gegen die Nazis gerichtete Geste. Die Nazis, alte und neue, halbe und ganze, der Kern, das Umfeld: Sie alle fühlten sich durch diesen gleichzeitig mutigen und versöhnungsbereiten Schritt der jüdischen Gemeinde um Erträge der alten Naziverbrechen gleichsam betrogen.

Der geplante Terroranschlag auf das entstehende Zentrum sollte mit einem Schlag die Situation umdrehen, einhämmern, dass die Bereitschaft zu Gewalt und Verbrechen die Öffentlichkeit bestimmt, die Meinung macht, das Verhalten der Massen steuert. Zwar konnte dieses Verbrechen nicht vollendet werden. Aber der Plan, mit dem es verbunden war, funktioniert bis zu einem gewissen Grad trotzdem.

Die Nazis in der BRD haben Erfahrung im Zusammenspiel mit der politischen Macht. So starteten sie Brand- und Mordkampagnen, um Zuwanderung zu stoppen und Migrantenfamilien zu vertreiben. Sie erreichten damit eine staatliche Gesetzgebung, die die Flüchtlingsströme umlenkte. Und sie erreichten wohl auch, dass die Weltgesellschaft, die von Kulturaustausch und Wanderung lebt, anfängt, einen Bogen um Deutschland zu machen. Immer mehr Menschen vermeiden es, das Land zu betreten.

Auch der technisch gescheiterte Anschlag hat weltweiten Widerhall und wird die Entwicklung jüdischen Lebens in Deutschland erschweren. Das wäre im Sinne der Nazis. Damit es so nicht kommt, ist zu hoffen, dass die jüdische Gemeinde in München in ihrem Anspruch auf einen öffentlichen Platz, praktisch-physisch, aber auch immer im übertragenen, politischen und kulturellen Sinne, fest bleibt und die politische und gesellschaftliche Unterstützung der Stadt, d.h. der Bürgerinnen und Bürger, der Verwaltung, der Parteien findet.



In der heutigen Musikhochschule, dem früheren Führerbau, in dem am 29.9.1938 Hitler für seinen Angriff auf die Tschechoslowakei internationale Duldung erreichte, feierten Neonazis im letzten Jahr den 100. Geburtstag der Stilistin des Naziregimes, Leni Riefenstahl (rechts). Die Verwaltung sagte, man habe sich über den Personenkreis und das Thema der Veranstaltung nicht weiter informiert. Ein in die architektonische Umgebung jener Kultstätte gestelltes NS-Dokumentationszentrum würde solche

vorgeschützte oder tatsächliche, jedenfalls gefährliche Unwissenheit aufklären. – Am 12. 9. wurde Leni Riefenstahl unter großer Anteilnahme der „guten Gesellschaft“ in München beerdigt. In der Grabrede rühmte die in Bayern bekannte Fernsehärztin Kühnemann laut Süddeutscher Zeitung vom 13./14. September: „Für unbelehrbar und stur hätten viele Menschen die Filmemacherin gehalten, sagte Kühnemann und fuhr fort: ‚Man kann aber auch sagen, da ist sich jemand treu geblieben.‘“

Hartnäckige Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist nötig

Die Nazis stellen, das hat seine demonstrative, öffentliche Seite, die wichtig ist; das bedarf aber auch einer zähen Auseinandersetzung mit dem unter der Oberfläche der geäußerten Meinung in der deutschen Gesellschaft weit verbreiteten Antisemitismus.

Es ist dieser unter- und abgründige, oft latente Antisemitismus, auf den das Verbrechen der Nazis zielte. Nimmt er zu, kittet das die Nazibanden zusammen und bestärkt sie im Weitermachen.

Der Vertreter der REP im Münchner Stadtrat passt in dieses Bild. Seit seiner Wahl versucht er durch Äußerungen, Anfragen und Anträge die Meinung zu verfestigen, dass Entwicklung jüdischen Lebens in München ein Risiko bedeute. Mit Anträgen, die er im November 2002 und Januar 2003 gegen das jüdische Zentrum gestellt hatte, brüstet er sich gerade heute.

Obwohl im Stadtrat einige erkannten, worauf der REP zielte, wollte sich vor allem Oberbürgermeister Ude nicht dazu herablassen, die Politik des REP in aller Öffentlichkeit bloßzustellen. Wahrscheinlich meinte Ude, eine deutliche Auseinandersetzung mit der Propaganda des Vertreters der REP würde dem Ansehen der Stadt weltweit schaden und die jüdische Gemeinde nur belasten.

Und jetzt? So ziemlich ein Jahr lang hat die rechte Kampagne gegen das jüdische Zentrum gewuchert. Die Nazis fühlten sich in Folge der Nichtbeachtung einfach bloß sicher und gingen weiter. Eine kleine Meldung im Lokalteil der Süddeutschen Zeitung vom 16.9.03: Die REP erwägen, ihren Repräsentanten im Stadtrat auszuschließen, man wirft ihm – gut begründbar – allzuwenig Distanz zu den Nazis vor. Das zeigt, dass eine breite öffentliche Diskussion der Sachverhalte, die jetzt freilich unvermeidlich ist, sich auf den Zusammenhalt der Rechten negativ auswirkt.

Kultstätten der Nazis den Boden entziehen

Der jetzt öffentlich gewordene Versuch, die Errichtung des jüdischen Zentrums am St. Jakobsplatz mörderisch zu terrorisieren ist die eine Komponente des Kampfes der Nazis um den Erhalt Münchens als Kultstätte der Bewegung.

Ein anderer, im Bewusstsein der Öffentlichkeit weniger klarer Fall, ist durch den Plan der Stadt gegeben, in München an prominenter Stelle, im ehemaligen „Parteierviertel“ ein NS-Dokumentationszentrum zu errichten. Hinter diesem Plan steht, nach jahrelanger Vorarbeit vor allem der Bündnisgrünen, eine Stadtratsmehrheit von 79 Stadträtinnen und Stadträten gegen 1 REP. Aber die Ausführung des Planes stockt. Der Grund: Die Regierung des Freistaates, vertreten durch Frau Kultusministerin Hohlmeier, macht Schwierigkeiten. Man will, wir berichteten es im letzten Jahr mehrfach, ein

repräsentatives Zentrum an prominenter Stelle vermeiden und stattdessen einen in unspektakuläre Einzelstationen gegliederten Lehrpfad durch die Stadt legen.

Dass so eine Konzeptverschiedenheit eine erhebliche, gewichtige Differenz ausmachen soll, klingt im ersten Moment läppisch. In der mythisch-symbolischen Welt, in der sich die Nazibanden aufbauen, sieht es anders aus. Sie können gegenwärtig durch das Viertel streifen, kennen jeden Stein, wissen, von welchem Balkon aus der Führer sprach und wo die SS-Wache stand. Man kann sich kaum vorstellen, wie störend in diesem Zusammenhang ein Gebäude wirken müsste, das an prominenter Stelle, auf den Trümmern des 3. Reiches von dessen Verbrechen und zwangsläufigen Untergang berichtet.

Ein solches Zentrum würde die Erinnerung, die sich um die Stätten rankt, aktiv aufgreifen und der Kritik ausliefern. Für die Nazis wäre es ein Zeichen ihres Unterlegen-Bleibens. Umgekehrt wäre es eine doppelte Stabilisierung, wenn die CSU der Naziszene dieses Zentrum ersparte, aus der Sicht der Nazis würde das eine Bündnisperspektive aufmachen.

Der Kampf gegen den Antisemitismus wird auch vom offiziellen Deutschland anerkannt. Anders geht es dem aktiven Antifaschismus. Jeder Versuch, die Auseinandersetzung mit der faschistischen Politik und Kultus zu institutionalisieren, stößt auf erhebliche Widerstände im konservativen Lager. Der Grund dafür ist, dass jede derartige Anstrengung auf dem Tatbestand der Kollaboration von Konservatismus stößt. So fühlt sich die konservative Staatspartei durch Faschismuskritik regelmäßig angegriffen und das nie völlig zu Unrecht.

Diese Konstellation begreifen die Nazis als Chance. Konfrontiert mit der aktuellen Entwicklung der Nazi-Gruppen und ihres Umfeldes stehen die bayerischen Konservativen vor der für sie schwierigen Entscheidung, einer permanenten, an symbolträchtiger Stelle öffentlichkeitswirksamen, antifaschistischen Aufklärung Zustimmung, Raum und Mittel zu gewähren, wohl wissend, dass diese Kritik unvermeidlich auf wunde Punkte ihres Staats- und Gesellschaftsverständnisses deutet.

Jüdisches Leben als Bereicherung begreifen

Der jetzt aufgeflogene Mord-Plan wird sich erst dann gegen die Nazis kehren lassen, wenn sie in Punkten, die ihnen wichtig sind, durch unübersehbare Tatsachen belegte Rückschläge erfahren. Das wird der Fall sein, wenn jüdisches Leben nicht nur schlecht und recht, sondern als Bereicherung in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik ankommt, und dazu gehört auch der repräsentative, ungefährdete Ort und die offensive Verteidigung gegen Diffamierung und Angriffe. Hoffentlich folgt der Stadtrat den in diese

Richtung zielenden Anträgen der Grünen. Ähnliches gilt für die Errichtung des NS-Dokumentationszentrums, inmitten der alten Baudenkmale, unübersehbar, gut ausgestattet und aktiv wird es den Mythos der „Hauptstadt der Bewegung“ entzaubern. Wird die Staatsregierung ihren latenten Widerstand gegen die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums an bezugsreicher Stelle jetzt endlich aufgeben?

Martin Fochler

Kein „Vertriebenen-Zentrum“ in Berlin

Wir veröffentlichten in den letzten Politischen Berichten (S. 23) den von 116 Wissenschaftlern und Künstlern aus zwölf Ländern unterzeichneten Aufruf „Für einen kritischen und aufgeklärten Diskurs“. Anstelle eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ plädiert der Aufruf für eine europäische Aufarbeitung der Vergangenheit, die sich auf einen pluralen, kritischen und aufgeklärten Diskurs gründet. Die Auseinandersetzung zwischen den Betreibern des Vertreibungszentrums mit Standort Berlin und vielen Kritikern entbrennt nicht zufällig jetzt, vor dem EU-Beitritt von Polen, Tschechien und anderen Staaten so heftig: Es geht bei der Verarbeitung der Vergangenheit nicht zuletzt um die Gestaltung der Beziehungen innerhalb der EU, zwischen ihren Mitgliedstaaten, und speziell zwischen der BR Deutschland und ihren osteuropäischen Nachbarn.

Es folgt eine Stellungnahme aus der Berliner PDS. Auf Seite 21f. dokumentieren wir Auszüge aus dem Artikel „Gegen ein Europa nationaler Feindseligkeiten“ des polnischen Staatspräsidenten Alexander Kwasniewski. Red.

Die PDS-Mitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus Wolfgang Brauer, Klaus Lederer und Marian Krüger erklärten am 5.9.:

Am 6. September wird der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) in Berlin erneut seinen alljährlichen „Tag der Heimat“ veranstalten. Für uns ist dieser Tag Anlass, daran zu erinnern, dass die Politik der Vertriebenenverbände stets eine Belastung für das Verhältnis Deutschlands zu seinen osteuropäischen Nachbarn war und ist.

Die „Charta der Vertriebenen“, auf deren Grundlage die Verbände jahrzehntelang die Revision der Nachkriegsgrenzen gefordert haben, verklärt die „Vertriebenen“ zu den eigentlichen Leidtragenden und Opfern des Weltkrieges. Dieses Geschichtsbild ist eine Provokation und Verhöhnung der Menschen in Polen, Tschechien und anderen osteuropäischen Ländern, an deren Unterdrückung und Ausplünderung sich viele Angehörige der deutschen Minderheiten aktiv beteiligt haben. Die Umsiedlung der Deutschen aus den Ostgebieten ist eine histo-

risch gerechtfertigte Konsequenz der NS-Herrschaft. Sie ist nicht Unrecht, sondern Völkerrecht. Das Potsdamer Abkommen trifft dazu in Artikel XIII klare Aussagen.

Wir verkennen nicht, dass die Umsiedlung für den Einzelnen schrecklich und für viele Deutsche, die sich nicht schuldig gemacht hatten, ungerecht gewesen ist. Die leidvollen individuellen Schicksale der Betroffenen dürfen aber nicht den Blick auf den historischen Kontext verstellen. Die Ursache von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung liegt im deutschen Faschismus.

Die von den Vertriebenen-Verbänden, die nach eigener Auffassung alle infolge des Zweiten Weltkrieges umgesiedelten Deutschen vertreten, betriebene Errichtung eines so genannten Zentrums gegen Vertreibungen verkörpert jedoch deutsche Täter zu Opfern und spielt mit der Gleichsetzung des Massenmordes an den Juden und des Leids der aus den Ostgebieten umgesiedelten Deutschen. Dies halten wir für eine Zumutung, die zurückzuweisen ist.

PDS-Pressedienst Nr. 37 vom 12.9.2003

Deutsch-französischer Panzer bricht Widerstände

Im April noch hatte sich Großbritannien schroff gegen die Vereinbarungen der EU-Mitgliedstaaten BRD, Frankreich, Belgien und Luxemburg gestellt, eigenständige europäische Militärstrukturen ohne Rückgriff auf die NATO zu schaffen. Die vier Länder hatten auf dem Brüsseler Gipfel am 28.4. u.a. beschlossen, „eine europäische schnelle Reaktionsfähigkeit“ zu schaffen sowie „den Nukleus einer kollektiven Kapazität ..., den sie der EU anstelle nationaler Mittel für die operative Planung und Führung EU-geführter Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO zur Verfügung stellen werden“. Der Brüsseler Gipfel fand außerhalb der EU-Strukturen statt. Aber er setzte mit der Macht des Faktischen eine Entwicklung in Gang, der sich trotz seinerzeit scharfer Kritik andere EU-Mitgliedstaaten kaum entziehen können. So war zu befürchten und scheint es nun gewiss. Auf dem deutsch-französisch-britischen Gipfel in der letzten Woche hat Blair den Widerstand im Wesentlichen aufgegeben. Laut einem Papier der Bundesregierung wollen Deutschland, Frankreich und Großbritannien „eigenständige, europäische, militärische Fähigkeiten und Planungsmöglichkeiten schaffen. Das ist ein Erfolg ...“. Das Papier fährt fort, dass, falls eine solche Initiative in einer EU mit künftig 25 Mitgliedern schwer zu erreichen sei, es das „Instrument der strukturierten Zusammenarbeit“ gebe. „Dies bedeutet, dass eine Gruppe von Ländern in diesen Fragen voran geht.“ scc

www.bundesregierung.de/-/413.529235/artikel/London_-Paris-und-Berlin-rueck.htm

Irak

US-Besatzung in Bedrängnis – Schröder pokert

Die Zahl der nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen durch Guerillaangriffe getöteten US-Soldaten übertrifft mittlerweile die Anzahl der im Krieg gefallenen Soldaten der Invasionsgruppen deutlich. Nirgendwo können sich die Besatzungstruppen sicher fühlen. Fast täglich melden die Medien tödliche Angriffe auf US-Soldaten, manchmal regelrechte Gefechte. Massenverhaftungen und die meist blindwütige Tötung vermeintlicher Angreifer, oft völlig unbeteiligter Zivilisten, verstärken Ablehnung und Hass auf Seiten der irakischen Bevölkerung. Unbändige Wut rief jüngst die Erschießung von zehn irakischen Polizisten in Falludscha hervor, die im Dienst der USA standen: Diese waren bei der Verfolgung eines BMW, aus dem heraus auf das Büro des Bürgermeisters geschossen worden war, in das Feuer von im Hinterhalt liegenden amerikanischen Soldaten geraten, die blind drauflos feu-

rungrats und anderer von ihnen eingesetzter Institutionen und Personen gewährleisten. Zwar zählt die internationale Öffentlichkeit die im Dienst der USA getöteten Irakis nicht so sorgfältig wie die getöteten US-Soldaten. Doch der jüngste spektakuläre Angriff auf ein Mitglied des Regierungsrats offenbart die gewaltigen Probleme der Besatzungsmacht, auch nur annähernd so etwas wie stabile Verhältnisse herzustellen. Dabei sind solche Angriffe nur die Spitze eines Eisberges. Gewalt ist alltäglich und trifft vor allem die irakische Bevölkerung selbst. Manche Beobachter fürchten angesichts der Tatsache, dass gegenwärtig jede Woche an die 1000 Irakis gewaltsam zu Tode kommen – durch US-Soldaten, durch Mudschaheddin, durch Mord oder Raubmord –, dass das Land unter der US-Besatzung unaufhaltsam in den Strudel eines Bürgerkrieges gerät.²

Nach monatelang mehr oder weniger



Müll auf den Straßen Bagdads

erten. Obwohl sich die Polizisten durch Rufe und über Funk immer wieder auswiesen, feuerten die Besatzer weiter, Hunderte von Salven, eineinhalb Stunden lang; auch ein jordanischer Arzt aus dem nahegelegenen jordanischen Hospital, der den Verwundeten Hilfe leisten wollte, wurde erschossen. Noch größere Wut fast riefen der Zynismus und die Gleichgültigkeit hervor, mit denen die USA anschließend auf den Vorfall reagierten, als seien zehn getötete Irakis nicht der Rede wert und schon gar nicht einer Untersuchung.¹

Noch weniger als ihre eigene Sicherheit können die USA die Sicherheit des von ihnen eingesetzten irakischen Regie-

zur Schau gestelltem Optimismus gesteht die US-Administration inzwischen selbst „ernsthafte Probleme“ des Besatzungsregimes ein. Tatsächlich funktioniert wenig. Davon zeugen die Müllberge in den Straßen Bagdads ebenso wie die immer wieder zusammenbrechende, kaum jemals funktionierende Stromversorgung in allen Teilen des Landes. Ein besonderes Problem ist die mangelhafte Wasserversorgung. Plünderungen und Sabotageakte sind an der Tagesordnung. Kaum glaubt die „Provisorische Zivilverwaltung“ der USA (CPA), Ölförderung und -export endlich angekurbelt zu haben, wird sie durch die Zerstörung von Pipelines oder in Brand gesteckte Ölfel-

der aus ihren Hoffnungen gerissen.

In diesen Tagen hat Bush beim amerikanischen Kongress nachträglich 87 Mrd. \$ zum Haushalt 2004 für den Irak und den Afghanistan-Einsatz³ beantragt. Damit wächst das Haushaltsdefizit im neuen Etatjahr ab Oktober auf 535 Mrd. \$ und droht sich der 600-Mrd.-Grenze zu nähern. Experten sehen die USA in einer sich dramatisch zuspitzenden Haushaltskrise.

Einen erheblichen Teil der zusätzlichen 87 Milliarden verschlingt die Stationierung der US-Besatzungstruppen im Irak. Selbst wenn sie innerhalb der nächsten zwölf Monate von derzeit 180 000 auf 38 000 reduziert würden, würden Kosten von mindestens 8 Mrd. \$ entstehen. Doch an eine solche Reduzierung ist, wenn die USA die Besatzung aufrecht erhalten, nicht zu denken. Deshalb entwarf der Haushaltsausschuss des Kongresses auch mehrere Szenarien: Im härtesten Fall würden demnach zwei neue Heeresdivisionen aufgestellt und 85 000 bis 129 000 Soldaten auf längere Zeit im Irak stationiert werden, was neben den 19 Mrd. \$ für die Aufstellung der Divisionen jährlich 23 bis 29 Mrd. \$ zusätzlich kostet.⁴ Ein nicht viel kleinerer Teil der beantragten zusätzlichen 87 Mrd. \$ soll in den Aufbau einer neuen irakischen Armee fließen. Nachdem sie die 500.000 Mann-Armee des Irak vor wenigen Monaten aufgelöst haben, beabsichtigen die USA jetzt, innerhalb eines Jahres eine 40.000 Mann starke, leicht bewaffnete Armee neu aufzustellen, die die Besatzungstruppen bei der Befriedung des Landes unterstützen soll. Zu diesem Zweck will die CPA ihren eigenen Beschluss aufheben und auch Offiziere der alten Armee wieder einstellen.

Nach diesen Planungen werden von den beantragten 87 Mrd. \$ insgesamt 66 Mrd. in den Militäreinsatz in Afghanistan und – vor allem – Irak fließen. Für den „Wiederaufbau“ beider Länder bleiben maximal 21 Mrd. – Experten schätzen den Bedarf aber auf 50 bis 75 Mrd. \$.⁵

Auf diesem Hintergrund verhandelt der UN-Sicherheitsrat über einen von den USA eingebrachten Resolutionsentwurf: Die USA drängen darauf, zum ersten dass sich weitere Staaten an einer „multinationalen Irak-Truppe“ beteiligen, wobei die oberste Befehlsgewalt bei den USA verbleiben soll; zum zweiten dass die UNO beim wirtschaftlichen Aufbau, bei der humanitären Hilfe und beim Aufbau nationaler und regionaler Institutionen eine „vitale Rolle“ einnehmen soll; zum dritten dass die Mitgliedstaaten der UNO sich am Wiederaufbau beteiligen. Demgegenüber fordern die BRD und Frankreich die schnelle Bildung einer irakischen Übergangsregierung, die der UNO verantwortlich ist; im Gegenzug könnten die USA das Kommando über die multinationale Besatzungstruppe behalten. Außerdem will Frankreich einen strikten Zeitplan: Bis Ende des

Jahres soll unter Aufsicht der UNO eine neue irakische Verfassung erarbeitet, spätestens nächstes Frühjahr Wahlen durchgeführt werden. Besonderes letzteres lehnen die USA bisher strikt ab.

Die Bundesregierung möchte ihre Irak-Politik als Beitrag zur Stärkung der UNO verstanden wissen. Eher aber vermittelt sie den Eindruck, die zunehmend prekäre Situation der USA und Großbritanniens erpresserisch auszunutzen. Vor der UNO-Vollversammlung und der angekündigten Schröder-Rede ist zu hören, dass der Bundeskanzler einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat beanspruchen wird.⁶ Großbritannien wurde auf dem „Dreier-Gipfel“ Zustimmung zur deutsch-französisch vorangetriebenen „europäischen Verteidigungspolitik“ abgepresst (siehe S. 7). Der von den USA eingesetzte Regierungsrat hat inzwischen auch formell beschlossen, den Umbau des Irak in eine „freie und offene Marktwirtschaft“ zu beschleunigen und irakische Unternehmen für die Privatisierung freizugeben.⁷ Für ausländische Investitionen soll es keinerlei Beschränkungen geben. Einzige Ausnahme ist der Ölsektor – hier behalten sich die USA die Kontrolle vor.

Aber was wird Schröder für seine Forderungen und die schon erreichten Zugeständnisse bieten? Offiziell lehnt die Bundesregierung weiterhin einen Bundeswehreinsatz im Irak ab. Aber hinter verschlossenen Türen und in der Öffentlichkeit wird auch die militärische Unterstützung für die USA längst erörtert. „Wer eine stärkere Rolle der UNO will, muss auch bereit sein, im Rahmen seiner Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen“, drängt z.B. Schäuble.⁸ Ähnlich der Bundeswehrverband, der die Entsendung deutscher Soldaten für „sinnvoll“ hält, denn, so der Verbandsvorsitzende Gertz: „Wir haben dort auch wirtschaftliche Interessen.“⁹ Die *Leipziger Volkszeitung* berichtete am 4.9., dass die USA und die NATO die BRD drängten, noch im Herbst über einen Militärbeitrag zu entscheiden. Es werde nicht mehr lange dauern, schrieb das Blatt unter Berufung auf „Kabinettskreise“, bis die Verantwortlichen „auf Knien“ um Unterstützung bäten. Das klingt nach Hochmut, nicht nach Ablehnung. scc

1 Robert Fisk, Ein Rätsel – und die USA beeilen sich nicht mit der Auflösung, Independent / ZNet 14.9.

2 Robert Fisk, Bürgerkrieg, Independent / ZNet 1.9.

3 Inzwischen kontrollieren die Taliban wieder größere Teile im südlichen Afghanistan. Dort stationierte US-Basen werden täglich angegriffen. Quelle: Die Welt, 23.9.

4 Kurier, 3.9.03

5 Financial Times Deutschland, 19.9., USA geraten wegen Irak in ernste Geldnot

6 Die Welt vom 23.9.

7 Zum Interesse und den Erwartungen deutscher Unternehmen siehe PB 18

8 Inforadio Berlin-Brandenburg, 25.8.

9 Hamburger Abendblatt, 5.9.

USA: Friedensbewegung mobilisiert

Die beiden großen Zusammenschlüsse der Friedensbewegung in den USA, United for Peace and Justice und Act Now to Stop War & End Racism (ANSWER), mobilisieren für den 25. Oktober zu einer großen bundesweiten Demonstration in Washington für die Beendigung der Besetzung des Irak. Zahlreiche weitere Organisationen der Friedensbewegung, der Bürgerrechtsbewegung, der Gewerkschafts- und anderer sozialer Bewegungen sowie Gruppen von Angehörigen der Soldatinnen und Soldaten und Kriegsveteranen haben sich dem Aufruf mittlerweile angeschlossen.

Neben dem Besatzungsregime steht der mit der militärischen Expansion nach außen eng verbundene „Krieg zu Hause“, der Angriff auf Bürgerrechte und soziale Errungenschaften, im Zentrum der Kritik. Der Gewerkschaftsdachverband von San Francisco zum Beispiel ruft unter den Losungen auf: Sofortige Beendigung des US-/britischen Krieges und der Besatzung des Irak! Holt die Truppen nach Hause – jetzt! Aufhebung des Patriot Act und anderer unterdrückerischer Gesetze! Verlagerung der nationalen Prioritäten auf die Bedürfnisse der Menschen in diesem Land. Wir brauchen Jobs und wirkliche Sicherheit, nicht Militarismus und Hegemoniestreben! Amerikanische Soldaten töten und werden getötet in einem Krieg, heißt es in dem Aufruf, der nur den Interessen der amerikanischen Ölmonopole und der Eliten dient.

Derweil hat zum ersten Mal ein Stadtrat mit großer Mehrheit die Einleitung eines Absetzungsverfahrens gegen Präsident Bush gefordert. Es handelt sich um den Stadtrat von Santa Cruz in Kalifornien, der vor Monaten auch die erste Resolution gegen den (drohenden) Irak-Krieg verabschiedet und damit der Cities-for-Peace-Bewegung (wir berichteten) großen Auftrieb gegeben hatte. Der Stadtrat folgte mit seiner jüngsten Resolution der Forderung verschiedener sozialer Organisationen. Ein Sprecher des Weißen Hauses sah sich zu der Erklärung genötigt, dass die Leute das Recht auf ihre eigene Meinung hätten, ansonsten aber werde die Politik der Regierung von einer großen Mehrheit der Amerikaner unterstützt.

Jüngsten Meinungsumfragen zufolge ist die Zustimmung zur Amtsführung Bushs auf 52% gefallen – damit liegt sie 11 Prozentpunkte niedriger als im Mai diesen Jahres.



Widerstand gegen Wasserprivatisierung

Die Kommune Phiri/Soweto wehrt sich gegen die Privatisierung des Wassers. Im Rahmen der Operation Gein'amanzi ließ die Johannesburg Water Co., ein Tochterunternehmen des französischen Giganten Suez Lyonnaise des Eaux, kürzlich in dem Armenviertel Wasserzähler installieren, die nur mit Vorauszahlung funktionieren. Die Einwohner zerstörten daraufhin die Wasserzähler. Sie werden in ihrem Widerstand unterstützt durch das Elektrizitätskrisen-Komitee von Soweto und das Antiprivatisierungsforum von Gauteng. Johannesburg Water Co. rief die Polizei zu Hilfe und die verhassten sog. „Roten Ameisen“ des Wozani-Sicherheitsdienstes. Mehrere Bewohner Phiris wurden verhaftet und auch gegen Kaution nicht freigelassen. Die Kommune erklärte, dass jeder Mensch ein Recht auf Wasser hat. Sie fordert, dass Wasserzähler mit Vorauszahlung für illegal erklärt werden, wie in Großbritannien durch Urteil des Obersten Gerichtshofes 1998 geschehen. Seither ist es in Großbritannien nicht mehr zulässig, die Wasserversorgung wegen Nichtzahlung zu unterbrechen oder einzuschränken. In KwaZulu-Natal war es 2001 eine Cholera-Epidemie ausgebrochen, weil die Bevölkerung wegen der horrenden Wasserpreise gezwungen war, Wasser aus verunreinigten Flüssen zu trinken. Rund 200 Menschen starben. (Quelle: Indymedia)

Slowakei: Privatisierung der Flughäfen geplant

Die slowakische Regierung beabsichtigt, die größten Flughäfen des Landes zu privatisieren. Obwohl die Flughäfen bis Ende 2004 schrittweise in Handelsgesellschaften umgewandelt und erst danach mehrheitlich an ausländische Investoren verkauft werden sollen, ist der Andrang von Interessenten mit dem Wiener Flughafen Vienna International Airport, der österreichischen Fluggesellschaft Austrian Airlines, der US-Gesellschaft Glenealy International oder dem südamerikanischen Unternehmen Aeropuertos Argen-

tina jetzt schon groß. Das Interesse richtet sich vor allem auf den Flughafen von Bratislava, der heute drei Mal mehr Passagiere als vor zehn Jahren zählt und dem ein großes Wachstumspotenzial vorhergesagt wird. Er liegt nur ca. 40 km vom Großflughafen Wien-Schwechat entfernt, der die höchsten Gebühren europaweit aufweist. (Quelle: DW)

USA: Freiheitsmarsch für die Rechte der Immigrant-Worker

Am 20. September brachen in mehreren Städten der USA – Seattle, Portland, San Francisco, Los Angeles, Las Vegas, Minneapolis, Chicago, Houston, Miami und Boston – Buskarawanen zu einem zwölf-tägigen „Immigrant Workers Freedom Ride“ auf. Am 1./2. Oktober treffen sich die rund 1000 Teilnehmer der Karawane mit Kongressabgeordneten in Washington, um ihre Forderungen zu überbringen, am 4. Oktober findet eine abschließende Demonstration in New York statt. Dann werden die Teilnehmer in 100 Städten Kundgebungen durchgeführt und 20.000 Meilen zurückgelegt haben. Der Freiheitsmarsch bezieht sich ausdrücklich auf die Bürgerrechtskampagne in den frühen 60ern. Er richtet sich gegen dagegen, dass das Einwanderungssystem Millionen hart arbeitender Migrantinnen und Migranten illegalisiert, damit von den Bürgerrechten ausschließt und üblen Ausbeutungsbedingungen aussetzt. Legalisierung, eine „Road Map“ für die Staatsbürgerschaft, Familienzusammenführung, Schutz der Immigranten an ihren Arbeitsplätzen, Bürgerrechte für alle sind seine Forderungen. Bild: Auftaktkundgebung in Los Angeles. (Quelle: www.iwfr.org und Indymedia Los Angeles)



Tiefe Krise in Israel

Der israelisch-palästinensische Bürgerkrieg verschärft auch die wirtschaftliche und soziale Krise. Im neuen Haushaltsentwurf sind für alle Ministerien Ausgabenkürzungen zwischen 11 und 15% vorgesehen. U.a. sollen der Preis für Wasser um 15% erhöht, die Beihilfe für aus dem Dienst entlassene Soldaten um 10% gekürzt, die Dienstleistungen im Gesundheitswesen reduziert, die Hilfen an Behinderte erschwert und zusammengestrichen, die Bedingungen für Zahlung von Arbeitslosenunterstützung verschärft und das Pensionsalter für Frauen und Männer von 60 auf 65 bzw. 67 Jahre erhöht werden. Das durchschnittliche Bruttogehalt ist von Januar 2002 bis Juni 2003 von umgerechnet 1.591 auf 1.576 \$ zurückgegangen; ein Viertel aller Arbeiter verdient inzwischen weniger als 795\$ im Monat. Eine neue Studie fand heraus, dass etwa 450.000 Haushalte Schwierigkeiten haben, ihre Grundbedürfnisse zu decken. (Quelle: Vereinigte Israel Aktion e.V. KEREN HAYESOD, 15.8.)

Rumänien: Goldmine zerstört Lebensbedingungen

Im Apuseni-Gebirge im Westen Rumäniens will eine kanadische Firma die größte Goldmine Europas errichten. Im Zuge dessen sollen tausend Familien umgesiedelt werden; dagegen regt sich allerdings Widerstand. Rund 350 Familien in Rosia Montana, die meisten leben von der Landwirtschaft, weigern sich, die Region zu verlassen, und haben die größte Umweltkampagne Rumäniens in Gang gebracht. Sie wehren sich gegen die Umsiedlung, gegen drohende Umweltschäden, gegen die Zerstörung der archäologischen Stätten aus der Römerzeit und auch gegen die Zerstörung von Naturdenkmälern. Vier Berge will die Gesellschaft abtragen, das Erz aus den entstehenden Kratern mithilfe von Zyanid auswaschen. Diese Methode verspricht aufgrund geringer Kosten maximalen Gewinn, ist aber extrem umweltschädigend. Der dabei entstehende Giftmüllabfall soll in riesigen künstlichen Seen gelagert werden; für Rosia Montana ist ein Becken von rund 400 ha Oberfläche und einem Volumen von 250 Mio. Kubikmetern geplant. Ein Damm von fast 200 m Höhe wäre dann der einzige Schutz vor einer Katastrophe. Fast eine halbe Million Menschen in Rumänien unterzeichneten Petitionen gegen die Mine und schickten sie an das Parlament. Immerhin hat der Widerstand bisher erreicht, dass die Weltbank aus dem Projekt zurückgezogen hat und auch die Regierung erklärte, das Projekt nicht unterstützen zu wollen. (Quelle: Wochenzeitung)

Zusammenstellung: scc

BERLIN. Über 400 SchülerInnen, StudentInnen und LehrerInnen versammelten sich am 20.09.2003 wieder in Berlin und forderten ihr Recht auf Mitbestimmung bei europäischer und nationaler Bildungspolitik ein. Nach dem Start an der Humboldt Universität schlugen sie den Weg zum Gebäude des Bertelsmann-Konzerns ein, wo sie eine kurze Kundgebung abhielten, in der die Politik der Konzerne, die die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in die Bildung forciert, scharf kritisiert wurde. Sie solidarisierten sich mit der Gewerkschaftsjugend, die für mehr Ausbildungsplätze kämpft, und hielten am Hackeschen Markt eine gemeinsame Kundgebung mit ihnen ab. Von dort zogen 800 DemonstrantInnen gemeinsam zum Roten Rathaus und unterstützten die KiTa-Initiative LEAK, die sich für bezahlbare Plätze in Kindertagesstätten stark macht. Mit dem Ende der Demonstration am „Tacheles“ endete auch das erste Europäische Bildungsforum. Während zwei Tagen mit mehr als 50 Workshops und zwei Podien zur europäischen Bildungspolitik tauschten mehr als 600 TeilnehmerInnen aus ganz Europa ihre Ansichten und Strategien aus und verbesserten die europäische Netzwerkarbeit.

www.eef2003.org



Bombodrom vorläufig gestoppt – Entscheidung für FREIEHEIDE

POTSDAM. Am Freitag, den 19.9.2003, hat das Verwaltungsgericht Potsdam seine Entscheidung zur Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide für militärische Zwecke bekanntgegeben. Zur Freude der Initiative FREIEHEIDE darf das Bombodrom bis zur Klärung in der Hauptsache nicht militärisch genutzt werden. Im Wortlaut heißt es: „Die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Potsdam hat gestern in einem Eilverfahren der Gemeinde Schweinrich gegen die Bundesrepublik Deutschland einen Beschluss mit dem Inhalt gefasst, dass die aufschiebende Wirkung der Klage der Gemeinde Schweinrich gegen die Entscheidung über die erneute Aufnahme einer militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock wiederhergestellt wird. Dies bedeutet, dass die Bundesrepublik Deutschland vorbehaltlich einer Überprüfung der Entscheidung durch das Oberverwaltungsgericht für das Land Brandenburg bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Potsdam über die Klage den Truppenübungsplatz Wittstock nicht im angestrebten Sinne nutzen darf. Die Kammer hat sich bei ihrer Entscheidung hauptsächlich davon leiten lassen, dass das Interesse der Gemeinde Schweinrich, vorläufig von dem Vollzug der Entscheidung über die Aufnahme der militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes verschont zu bleiben, das sofortige Vollzugsinteresse der Bundesrepublik Deutschland überwiegt. Zur Begründung führt sie insbesondere an, dass die Entscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung über die Aufnahme der militärischen Nutzung sich bei summarischer Prüfung als rechtswidrig darstelle. Die Gemeinde Schweinrich sei bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung

über die Aufhebung der Zuordnung von auf dem Truppenübungsgelände befindlichen Wegegrundstücken als Eigentümerin dieser anzusehen. Die Bundesrepublik dürfe daher dieses Gelände nicht gegen den Willen der Gemeinde als Luft-Boden-Schießplatz nutzen.“

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Über 400 demonstrierten am 20.9. für den Erhalt der „Alten Meierei“

KIEL. Die Meierei ist einer der letzten Orte, an denen in Kiel Subkultur stattfinden kann. Der Stadt geht es angeblich nicht um eine Schließung. Aber nach einigen Beschwerden wegen der lauten Konzerte sah sie sich „genötigt“, der Meierei mit einer Kündigung der Mietvertrags zu drohen. Davon ließ sie sich auch von der Zusage der Meierei nicht abbringen, bis zur Fertigstellung der Schallisolierung alle Konzerte um 22 Uhr zu beenden. Für Samstag hatte eine Politikerin der Grünen ursprünglich zu einem Runden Tisch mit Meierei, Anwohnern und Vertretern der Lokalpolitik geladen. Dieser wurde aufgrund von Ter-

minproblemen der Anwohner verschoben. Den Runden Tisch wollte die Meierei mit einer Demonstration begleiten. Die Demo fiel nicht aus und so zogen über 400 Leute vom Asmus-Bremer-Platz durch die Innenstadt bis zur Alten Meierei. Der nächste Runde Tisch soll voraussichtlich am 25. Oktober stattfinden und wird wahrscheinlich ähnlich begleitet werden wie der ausgefallene am Samstag.

www.altemeierei.de

Demonstration gegen die GfbV und gegen ein Zentrum für Vertreibung

GÖTTINGEN. Unter dem Motto „Links ist da wo keine Heimat ist! Völkische Ideologien angreifen! Gesellschaft für bedrohte Völker schließen!“ haben am 20.09.03 in Göttingen rund 170 Menschen gegen ein sogenanntes „Zentrum gegen Vertreibung“ (ZgV) demonstriert. Vom Platz der Synagoge aus begab sich die Demonstration zum Sitz der GfbV in Göttingen, dort wurde ein Redebeitrag verlesen, der die auf völkische Konstrukte basierende Politik der GfbV angriff. Die GfbV und ihr Vorsitzender Tillmann Zülch reagierten schon im Vorfeld mit einer Provokation, indem sie ein Transparent ans Gebäude hängten, auf dem deutsche Konzentrationslager und die Umsiedlungspolitik nach dem Potsdamer Abkommen verglichen wurden. Hiermit machte die GfbV noch einmal öffentlich deutlich, warum sie zu Recht Angriffspunkt linker Politik ist.

Die Kritikwürdigkeit des Alternativvorschlags einiger führender „Sozialdemokraten“, wie beispielsweise Marcus Meckel, für ein „ZgV“ in Wrocław wurde vor der neuen SPD-Zentrale thematisiert. Bei diesem Vorschlag soll das Leid der deutschen Vertriebenen gleichberechtigt neben anderen Vertreibungsverbrechen in Europa stehen, also in Meckels



Worten „europäisiert“ werden. Die grundsätzliche Ausrichtung eines „ZgV“, die Umsiedlung losgelöst von den Verbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg zu betrachten und das Potsdamer Abkommen in Frage zu stellen, bleibt jedoch bestehen.

Ein Sprecher der Autonomen Antifa [M] erklärte zur Demonstration: „Unser Ziel, die völkische Politik der GfbV ins Licht der Öffentlichkeit zu zerren, ist aufgegangen.“ Weiterhin griff er den Vorsitzenden der GfbV scharf an: „Tillmann Zülch hat mit seinen Äußerungen in der Regionalpresse und der Transparentaktion keinen Hehl daraus gemacht, dass es ihm tatsächlich um die Gleichsetzung von Vertreibung und Holocaust geht. Damit hat er sich bewusst in eine Reihe mit Geschichtsrevisionisten und Revanchisten gestellt.“ *Autonome Antifa [M]*
www.puk.de/aam

Erfolgreiche Aktionstage gegen das Abschiebelager in Fürth

FÜRTH. Die Aktionstage gegen das Abschiebelager Fürth erreichten am Samstag, den 13.09.2003, ihren Höhepunkt mit der Demonstration „Open the borders, close the camp!“ 700 DemonstrantInnen folgten von der Fürther Freiheit zum Abschiebelager in der Hafenstraße dem Weg, den die Flüchtlinge des Lagers in die Innenstadt nehmen müssen, da sie sich keine Bustickets leisten können. Sie trugen ihren Protest gegen die menschenverachtende Praxis der Abschiebelager dorthin, wo sie vollzogen wird. Die ca. 300 Flüchtlinge unter den DemonstrantInnen beteiligten sich trotz Risiken, da viele gegen die Residenzpflicht verstießen und ihren Landkreis verlassen hatten, um den Flüchtlingen im Abschiebelager Fürth ihre Solidarität zu zeigen.

Das Bündnis für Bewegungsfreiheit und offene Grenzen wertet die Aktionstage als vollen Erfolg, da es gelungen sei, die menschenverachtende Praxis in (Abschiebe-)Lagern öffentlich zu machen. Anlässlich der Aktionstage forderte der DGB Bayern am 11. September die Bayerische Staatsregierung zur umgehenden Schließung des Abschiebelagers Fürth auf. Innenminister Beckstein reagierte sofort schroff dagegen: der DGB mache sich zum Fürsprecher von Asylmissbrauch. www.ausreisezentren.de

„Ein furchtbarer Jurist, ein schrecklicher Ministerpräsident, eine geistig-moralische Katastrophe“

LUDWIGSBURG. Gemeinsam mit der IG Metall und anderen Organisationen im Antifaschistischen Netzwerk Ludwigsburg rief die VVN-Bund der Antifaschisten am 16.9.2003 zu Protesten gegen die Ehrung des ehemaligen Ministerpräsidenten und heutigen Ehrenvorsitzenden der CDU, Hans Filbinger auf. Filbingers „Verdienste“ sollen durch einen offiziellen Empfang der Landesregierung in



Ludwigsburg gewürdigt werden. „Angesichts Filbingers Vergangenheit gibt es an diesem Mann nichts zu würdigen und zu ehren“, erklärte dazu Werner Pfennig, Landes- und Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten. Deshalb hielt er neben anderen RednerInnen in der Ludwigsburger Fußgängerzone eine „Laudatio“ der anderen Art auf Filbinger. Kernpunkte davon hat die VVN-BdA auf einem vierseitigen Flugblatt festgehalten. www.vvn.telebus.de/flugis

„Don Clement“ kämpft gegen Windmühlen und Klimaschutz

BERLIN. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der Bundesverband Erneuerbare Energie, die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS), die Fördergemeinschaft für Umwelt, Bildung und Arbeit (FUBA), Germanwatch, der Naturschutzbund NABU, ROBIN WOOD und der WWF Deutschland haben am 18.9.2003 beim Bundeskanzleramt gegen die Energiepolitik von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement protestiert. Vor die Einfahrt stellten sie eine Windkraftanlage, gegen die ein Clement-Darsteller als Don Quichotte auf einem Pferd seine Lanze richtete. Auf dem Sattel klebten die Firmenlogos der vier großen deutschen Stromversorger Eon, RWE, EnBW und Vattenfall. Die pro-



testierenden Verbände sind der Auffassung, dass der zeitgleich im Kanzleramt stattfindende Energiegipfel der Bundesregierung mit der Atom-, Kohle- und Industrielobby das falsche energiepolitische Signal aussende. Es sei ein Skandal, dass Vertreter erneuerbarer Energien und Umweltorganisationen am Verhandlungstisch fehlten. Die Angriffe von Clement gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurden zurückgewiesen. Offensichtlich sei der Minister bestrebt, mit falschen Argumenten, insbesondere contra Windenergie, von Subventionen für die naturzerstörende und klimaschädliche Kohleverstromung abzulenken. Das EEG habe in Deutschland zu einem international einmaligen Erfolg bei der technologischen Entwicklung erneuerbarer Energien geführt. Inzwischen seien über 130 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen worden. Eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sei nur mit erneuerbaren Energien möglich. www.bund.net

Studierendenvertreter verschärfen Kritik und kündigen Proteste an

FRANKFURT A.M. Hessische Studierendenvertretungen kündigen starken Protest gegen die rigiden Sparmaßnahmen der Landesregierung an. Die Verfassten Studierendenschaften werden sich von 26.–28.9.2003 in einer außerordentlichen Konferenz unter anderem mit den geplanten Studiengebühren, sowie dem offensichtlich scheiternden Hochschulpakt auseinandersetzen. Nachdem die hessische Landesregierung geplante Kürzungsmaßnahmen in der hessischen Verwaltung sowie die Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester bekannt gegeben hat, scheint jetzt der Hochschulpakt zur Disposition zu stehen. Die Studierendenvertretungen wehren sich auch gegen die Einschnitte bei den Angestellten des Landes. Dazu werden sie das Gespräch mit den Gewerkschaften und Personalräten suchen. www.lak-hessen.de

Wider den permanenten Krieg – Strategiekonferenz am 27./28.9.

DORTMUND. Die „Kooperation für den Frieden“ lädt ein zur Konferenz am 27./28. September 2003 in Dortmund. Am Samstagmorgen sind die Teilnehmenden zur Unterstützung der Aktion des Europäischen Sozialforums gegen Globalisierung und Krieg vor dem Bahnhof aufgerufen. Um 13 Uhr beginnt die Konferenz mit Plenumsvorträgen zur Situationsanalyse. Nachmittags werden Kampagnen und Vernetzungen diskutiert, am Abend das Thema „Krieg, Macht und Demokratie – wie setzen wir Frieden durch?“. Am Sonntagvormittag steht ein Aktionsplan für 2004 und die Vorstellung Friedenspolitischer Richtlinien an. Informationen und Anmeldemöglichkeiten in der Homepage www.koop-frieden.de.

Wegen der aktuellen Zuspitzung der kommunalpolitischen Grundsatzdiskussion und auch, weil die Positionen der PDS-Kommunalpolitiker/inn/en im Westen fast völlig unbekannt sind, haben wir uns entschieden, das nachfolgende Positionspapier ausführlich zu dokumentieren. Die Kommunalpolitik der PDS ist durchaus innovativ und bündnisfähig. Auf die in Fußnoten gegebenen Verweise und Erläuterungen sowie den Tabellen- teil mussten wir aus Platzgründen verzichten. maf

Die vollständige Fassung kann bezogen werden über: PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Postfach 120905, 01008 Dresden, Michael.Friedrich@slt.sachsen.de, Alexander.Thomas@slt.sachsen.de, Tel.: 0351 – 493 5806, Fax: 0351 – 493 5460, Internet: <http://pdsfraktion-sachsen.de>

Positionspapier der PDS Anforderungen an eine Gemeindefinanz- reform in der Bundes- republik Deutschland

Das hier vorliegende Positionspapier wurde federführend von der PDS-Landtagsfraktion Sachsen (Arbeitskreis III, Kommune, Region, Europa) erarbeitet und zuletzt am 24.05.2003 auf der Beratung der PDS-Bundesarbeitsgemeinschaft „Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit“ in Dresden, Sächsischer Landtag diskutiert und abgestimmt. Autoren: Dr. Michael Friedrich, Mitglied des Sächsischen Landtages, PDS-Fraktion und Alexander Thomas, parlamentarischer Berater der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag

I. An eine grundsätzliche und nachhaltige Reform der kommunalen Finanzierung stellt die PDS nachfolgende Anforderungen:

- Den Kommunen muss auf Dauer eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung gesichert sein. Dabei ist der Anteil der Kommunen am gesamten öffentlichen Finanzaufkommen deutlich zu erhöhen.
- Das Konnexitätsprinzip, d. h. die Übereinstimmung von Aufgabenverantwortung, Durchführungskompetenz und Finanzierungsverantwortung muss auf allen Verfassungsebenen eine Verankerung finden.
- Das Äquivalenzprinzip, d. h. die Übereinstimmung der erbrachten Leistungen mit den dafür eingesetzten Ressourcen muss als Grundlage für ein umfassendes Anreizsystem zur effektiven und effizienten Aufgabenerfüllung gefestigt werden.
- Die Zuständigkeits- und Finanzierungsbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen um kommunal mitfinanzierte staatliche Aufga-

ben bereinigt werden.

- Die Kommunen müssen für die Aufgabenwahrnehmung im Freiwilligkeitsbereich – als dem Kern der kommunalen Selbstverwaltung – finanziell abgesichert sein.

II. Zusammengefasste Lösungsansätze

Für die stetige und nachhaltige Erfüllung der den Städten, Gemeinden und Landkreisen übertragenen bzw. der aus dem Recht auf kommunale Selbstverwaltung abgeleiteten Aufgaben ist eine *umfassende Finanzautonomie* erforderlich. Die Kommunen müssen über selbst bestimmbare und ausreichende Einnahmen verfügen und auf die notwendigen Ausgaben ausreichend Einfluss nehmen können.

Diese Anforderungen können mit nachfolgenden Schritten etappenweise realisiert werden.

Die Kommunen benötigen weitere eigene Steuereinnahmen:

Verbreiterung und Erweiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer

➤ *Erhöhung des prozentualen Gemeindeanteils an der Einkommensteuer*

➤ *Erhöhung des prozentualen Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer*

➤ *Neubewertung des Grundvermögens für die Grundsteuer*

➤ *Zusätzliche Zuweisung von Anteilen von Landes- bzw. Bundessteuern*

Ausgabenentlastung der Kommunen:

➤ *Gewerbesteuerumlage an den Bund abschaffen*

➤ *Gewerbesteuerumlage an die Länder absenken*

➤ *Entlastung der Kommunen von den Ausgaben der Sozialhilfe und Grundsicherung*

➤ *Umfassendes Entbürokratisierungs- und Verwaltungsmodernisierungsprogramm*

Zu beachten ist, dass das Finanzsystem der föderal aufgebauten Bundesrepublik Deutschland sehr komplex ist. Deshalb kann es eine erfolgreiche Gemeindefinanzreform immer nur unter Berücksichtigung der Konsequenzen dieser Reform auf die drei Ebenen Kommune, Länder und Bund, also auch unter Beachtung der gleichzeitig laufenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitsverwaltung, der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismusreform) u.s.w., geben. Gleichfalls sind die Auswirkungen der verschiedenen vertikalen und horizontalen Finanzausgleichssysteme zu beachten, was komplizierte Modellberechnungen zu den realen Wirkungen der verschiedenen Vorschläge für eine Gemeindefinanzreform auf die Kommunen erfordert.

III. Situationsbeschreibung

Die Lage der kommunalen Kassen ist gekennzeichnet durch den spektakulären Absturz der Gewerbesteuererinnahmen, die Explosion der kommunalen Sozial-

hilfeausgaben, den Verfall der kommunalen Investitionstätigkeit und den faktischen Verzicht auf eine Vielzahl sogenannter freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben.

Die wichtigsten Gründe für die sich verschlechternde finanzpolitische Lage vieler Kommunen sind zum überwiegenden Teil nicht selbstverschuldet, sondern die Konsequenz des Vollzugs von Bundes- und Landesgesetzen sowie zunehmend auch von Entscheidungen der Europäischen Union. Außerdem verschlechtern konjunkturelle und bevölkerungspolitische Entwicklungen die kommunale Finanzkraft. Die chronische Unterfinanzierung der Kommunen kommt allerdings weniger im Finanzierungssaldo zum Ausdruck als vielmehr im *Verfall ihrer Investitionstätigkeit*. Auf Grund der unterschiedlichen Darstellung im Haushalt des Bundes bzw. der Länder und der Kommunen ist der *Finanzierungssaldo* als Gradmesser für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden weniger geeignet. Das kommunale Haushaltsrecht zieht sehr enge Grenzen für die Kreditaufnahmen. Auf drohende Etatlöcher wird in der Regel mit einem Rückgang der Ausgaben für Investitionen reagiert, da diese Ausgaben am ehesten zu beeinflussen sind.

In der Bundesrepublik Deutschland dominiert das *Gemeinschaftssteuersystem*. Die Gemeinden sind zum einen mit der Beteiligung an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer, zum anderen mit der Gewerbesteuerumlage in diesen Verbund einbezogen.

Die institutionelle Garantie der Selbstverwaltung nach Art. 28 II GG wird allerdings durch die *schleichende Aushöhlung des kommunalen Finanzsystems* in Frage gestellt. Ein gewichtiger Grund hierfür ist die finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden von den Ländern – in Ostdeutschland mehr noch als in Westdeutschland – die sich insbesondere in Zeiten knapper Finanzmittel zu Lasten der Gemeinden konsolidieren. Ein anderer Grund ist die fehlende Konnexität: Immer wieder wurden den Gemeinden Aufgaben vom Bund und von den Ländern übertragen, ohne dass zugleich ausreichende finanzielle Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben bereitgestellt wurden. Problematisch sind auch die *unkonkreten Regelungen* im Grundgesetz zum *grundsätzlichen Anspruch* der Gemeinden auf einen Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer, der *Möglichkeit* einer Umlagenzahlpflicht auf die Gewerbesteuer an den Bund, der *Möglichkeit* von Umlagen an das Land vom Aufkommen aus Realsteuern und dem Gemeindeanteil aus der Einkommen- und Umsatzsteuer, der *grundsätzlichen Beteiligung* der Kommunen am Länderanteil an den Gemeinschaftssteuern und am *möglichen Ausgleich* der Gemeinden für Sonderlasten für besondere Einrichtungen des Bundes.

Diese Lage kann deshalb selbst durch

einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen, die flächendeckend stattfinden, nicht mehr allein überwunden werden.

Es bedarf vielmehr einer umfassenden Reform der Kommunalfinanzen, um die strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzausstattung im föderalen Finanzsystem dauerhaft und nachhaltig zu überwinden. Dabei geht es primär um mehr Stabilität und Planungssicherheit für die Kommunen und sekundär um nominal höhere gemeindliche Einnahmen.

IV. Ganz konkret

Die kommunalen *Steuereinnahmen* sanken 2002 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent – von 54,06 Mrd. auf 52,54 Mrd. Euro. Sie bewegten sich damit etwa auf dem Niveau von 1993. Für 2003 wird wiederum mit einem Minus gegenüber dem Vorjahr von 2,0 Prozent gerechnet. Der Einbruch der *Gewerbsteuer* setzte sich 2002 unverändert fort. Die tatsächlichen kommunalen Gewerbesteuererinnahmen – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage – lagen 2002 noch einmal um 9,1 Prozent unter dem Niveau von 2001, das bereits um 11,4 Prozent rückläufig war. Im Jahr 2002 betrug das gesamte Gewerbesteueraufkommen 23,5 Mrd. Euro (- 1,0 Mrd. Euro gegenüber 2001), davon entfallen nur ganze 7,6 % (1,8 Mrd. Euro) auf ostdeutsche Gemeinden.

Die *Gebühreneinnahmen* gingen 2002 aufgrund von Ausgliederungen von städtischen Betrieben um 2,4 Prozent zurück und lagen bei 16,15 Mrd. Euro. Für 2003 ist von einem leichten Anstieg um 0,6 Prozent auszugehen. Die ostdeutschen Kommunen rechnen für 2003 mit stagnierenden Einnahmen.

Die *Ausgaben* lagen 2002 um 0,9 Prozent höher als 2001, sie stiegen von 147,91 Mrd. auf 149,25 Mrd. Euro. Damit bewegten sich die Ausgaben der Kommunen durch harte Konsolidierungspolitik etwa in der Höhe des Jahres 1994.

Die kommunalen *Personalausgaben* sind 2002 um 1,5 Prozent gestiegen, 2003 wird mit einem Zuwachs um 1,9 Prozent gerechnet. Die im Jahr 2002 wirksame Tarifierhöhung um 2,4 Prozent hat zu einer Zunahme der kommunalen Personalausgaben in den alten Ländern um 2,1 Prozent geführt. Die ostdeutschen Kommunen haben ihre Personalausgaben 2002 dagegen erneut um 1,1 Prozent reduziert. Das war nur möglich durch eine Fortsetzung des Personalabbaus. Durch die aktuellen Tarifabschlüsse muss für 2003 für die westdeutschen Haushalte von einer Belastung von mehr als 2,5 Prozent ausgegangen werden. Für die ostdeutschen Kommunalhaushalte entstehen in diesem Jahr Mehrbelastungen in Höhe von sogar 8,5 Prozent (inklusive der Zusatzversorgung).

Die *Sozialausgaben* der Kommunen – das sind vor allem Sozialhilfe und Jugendhilfe – stiegen dagegen erneut an und lagen 2002 um rund 30 Prozent über dem Niveau von 1992. 2002 erhöhten sie sich

gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent auf 28,7 Mrd. Euro, in den neuen Ländern betrug das Plus sogar 5,9 Prozent. 2003 steigen die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen zusätzlich durch die Einführung der Grundsicherung – insgesamt wird ein Zuwachs von 5,6 Prozent erwartet – in Ostdeutschland sogar um 6,4 Prozent.

Die *Investitionen* in den kommunalen Haushalten sanken 2002 um 2,4 Prozent auf 23,6 Mrd. Euro – das waren 30 Prozent weniger als 1992. In Ostdeutschland war ein Rückgang von 5,6 Prozent zu verzeichnen. 2003 wird sich der Verfall der Investitionen beschleunigen, es wird ein Minus von 10,8 Prozent erwartet. Speziell die Bauinvestitionen sind damit seit 1992 um 40 Prozent abgestürzt.

Das *Gesamtdefizit* der kommunalen Haushalte belief sich 2002 auf minus 6,65 Mrd. Euro. Für 2003 wird ein Rekorddefizit von 9,9 Mrd. Euro erwartet.

Vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen ist es trotz aller Sparbemühungen und des Verkaufs großer Teile ihres „Tafelsilbers“ kaum mehr möglich, ihre Haushaltspläne auszugleichen. Weil die Einnahmen nicht ausreichen, müssen die Kommunen immer mehr laufende Ausgaben etwa für Sozialhilfe oder Personal dauerhaft über Kassenkredite finanzieren, was grundsätzlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe zulässig ist. Zur Jahresmitte 2002 summierten sich die kommunalen *Kassenkredite* auf 11,7 Mrd. Euro und waren damit mehr als zehn mal so hoch wie 1992.

Trotz seit Jahren anhaltender Haushaltskonsolidierung befindet sich die kommunale Ebene in einer aussichtslosen Situation.

V. Lösungsansätze im einzelnen

A. GRUNDLEGENDE UND UMFASSENDE REFORM DER GEMEINDEFINANZSTRUKTUR:

Die Kommunen befinden sich im Dauerzustand einer *Finanzkrise*. Das schwächt die kommunale Selbstverwaltung, demotiviert die ehrenamtlichen Gemeinderäte und schadet der lokalen Demokratie als Basis unseres demokratischen Rechtsstaates. In den Kommunen erfahren und erleben die Bürgerinnen und Bürger den Staat konkret und unmittelbar – hier sind Bundes-, Landes- und örtliches Recht um- und durchzusetzen. Hier erweist sich, ob die Leistungen des Staates und seiner Verwaltung akzeptiert werden, auf Widerstand oder gar Ablehnung stoßen. Wenn die kommunale Selbstverwaltung weiterhin die Basis unserer Demokratie sein soll, so sind Reformen zu einer deutlichen *Erhöhung der finanziellen Spielräume* unumgänglich. Es geht im Kern darum, das bestehende *komplexe Finanzierungssystem* den veränderten Bedingungen anzupassen, neue *Einnahmequellen* zu erschließen und *Ausgaben zu begrenzen*. Insgesamt muss auf eine *nachhaltige Finanzpolitik* hingearbeitet werden (Generationengerechtigkeit!).

1. Gewerbesteuer modernisieren

Durch gesetzgeberische Eingriffe bei der Gewerbesteuer ist es zu *Fehlentwicklungen* gekommen, die zu Einschränkungen beim Kreis der Steuerzahler, zu einer Konzentration des Aufkommens auf einen begrenzten Kreis großer Gewerbesteuerzahler und durch die starke Gewinnabhängigkeit zur Unstetigkeit der Einnahmen geführt haben.

Für eine grundlegende Reform der kommunalen Unternehmensbesteuerung liegen mehrere Vorschläge auf dem Tisch. Die Modelle unterscheiden sich vor allem durch die Beantwortung der grundsätzlichen Frage nach der Zukunft der Gewerbesteuer. Hier steht einmal das BDI-Modell für die *Abschaffung der Gewerbesteuer* mit der Kompensation durch ein gemeindliches Zuschlagsrecht auf die Körperschafts- und Einkommensteuer. Andere Initiativen plädieren für den Erhalt und die *Stärkung der Gewerbesteuer*, welche inhaltlich modernisiert und revitalisiert werden soll.

Für die *Beibehaltung der Gewerbesteuer* spricht die Notwendigkeit eines *Bandes zwischen der Wirtschaft und Gemeinde*. Nur durch den direkten Bezug zwischen den Leistungen der Gemeinde für die infrastrukturelle Versorgung und den äquivalenten Gegenleistungen der Wirtschaftstreibenden kann hier ein vernünftiger Ausgleich über die Standards und Möglichkeiten gefunden werden. Weiterhin steht den Gemeinden ein Hebesatzrecht einer *wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle* zu. Dagegen wäre ein mögliches Hebesatzrecht auf die Körperschafts- und Einkommensteuer nur einheitlich auszuüben, ansonsten entstünden kaum mehr beherrschbare regionale Disparitäten speziell zwischen den Kreisfreien Städten und ihrem meist wirtschaftsstarken Umland. Das Band zwischen der Wirtschaft und der Gemeinde könnte so nicht mehr geknüpft werden. Außerdem bestünde für die Unternehmen eine faktische *Kostenneutralität* aus der Gewerbesteuer, da die Aufwendungen auf die Körperschaftsteuer anrechenbar sind.

Am vorwiegend bewährten System der Gewerbesteuer sollte festgehalten werden. Es ist jedoch grundlegend zu modernisieren. Zentrale Forderungen sind dabei eine *Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen* und die *Verbreiterung der Bemessungsgrundlage*. Eine Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen um Freiberufler und bestimmte bisher nicht besteuerte Unternehmen ist dabei auch gegenüber den Betroffenen zu vertreten: Zum einen ist eine Differenzierung zwischen den sogenannten freien Berufen und beispielsweise dem Handwerk heute nicht mehr gerechtfertigt. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein Argument für das Erheben der Gewerbesteuer ja gerade die Verpflichtung der jeweiligen Gemeinde ist, Infrastruktur für die Wirtschaft vor Ort vorzuhalten. Von dieser Infrastruktur

aber profitieren freie Berufe nicht weniger als Handwerksbetriebe. Um die Eigenkapitalbildung anzuregen bzw. die Finanzierungsneutralität der Steuer zu erhöhen ist es notwendig, gewinnunabhängige Bestandteile wie Mieten, Pachten und alle Zinsen in die Besteuerungsgrundlagen einzubeziehen.

Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und die Erweiterung der Steuerpflichtigen ist selbstverständlich verbunden mit einer Verringerung der individuellen Steuerlast des Einzelunternehmens. Insgesamt könnte so die konjunkturelle Abhängigkeit der Steuer verringert und damit eine *Verstetigung der Einnahmen* eintreten.

Nicht zur Disposition darf das gemeindliche Hebesatzrecht auf die wirtschaftsbezogene Steuerquelle stehen. Es ist unverzichtbar, um die gemeindliche Finanzautonomie zu stärken und die Bindegliedfunktion zwischen der Gemeinde und der örtlichen Wirtschaft zu gewährleisten. Das Hebesatzrecht schafft Anreize, dass sich Kommune und örtliche Wirtschaft rechtzeitig und gleichzeitig über den Umfang der Besteuerung und den Ausbau der Infrastruktur verständigen.

• 2. *Gewerbesteuerumlage korrigieren*
Mit der Gewerbsteuerumlage wird das Ziel eines übergemeindlichen Finanzausgleiches verfolgt. Auf der Landesebene erscheint dieser Ausgleichsmechanismus gerechtfertigt. Nicht jedoch auf der Bundesebene, denn zwischen Bund und Gemeinde bestehen darüber hinaus keine Finanzausgleichsbeziehungen. *Die Gewerbsteuerumlage an den Bund sollte abgeschafft werden. Die Höhe der Umlage an die Länder muss abgesenkt werden*, da die ursprünglichen Annahmen aus dem Steuersenkungsgesetz hinsichtlich stark steigender Einnahmen der Gewerbesteuer nicht eingetreten sind.

• 3. *Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhöhen*

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat seit seiner Einführung die Struktur der gemeindlichen Steuereinnahmen *positiv verändert*. Die Abhängigkeit von der stark schwankenden Gewerbesteuer wurde etwas verringert.

Als erste Möglichkeit der gemeindlichen Steuerung der jeweiligen Einnahmenhöhe käme ein Hebesatzrecht in Frage. Diese mit verschiedenen Vor- und Nachteilen verbundene Möglichkeit wird hier nicht weiter betrachtet, da die *Modernisierung der Gewerbesteuer* als Hauptreformmodell favorisiert wird.

Befürwortet wird eine schrittweise Erhöhung des prozentualen Anteils dieser Steuer (momentan 15 %) zu Gunsten der Gemeinden.

• 4. *Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer verändern*

Zu den wirtschaftsbezogenen Elementen gehört seit 1998 auch der als Ersatz für die abgeschaffte Gewerbekapitalsteuer eingeführte Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (2,2%). Das Umsatzsteueraufkommen unterliegt im Vergleich zum

Aufkommen der ertragsabhängigen Steuern nur geringeren Schwankungen im Konjunkturverlauf.

Zur Verbesserung der Einnahmesituation bietet sich eine Veränderung der Aufkommensverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden an. An dieser Stellschraube wurde in den letzten Jahrzehnten oft gedreht – allerdings nur – um die unterschiedliche Finanzkraft von Bund und Land zu kompensieren.

• 5. *Grundsteuer wirtschaftlich anpassen und ökologisch modernisieren*

Am besten wird die Grundsteuer den Kriterien einer „guten“ Kommunalsteuer gerecht. Sie ist dauerhaft, stabil und der Höhe nach durch das Hebesatzrecht selbst bestimmbar. Die örtliche Wirtschaft und Bevölkerung werden gleichermaßen an den Kosten für die Qualität der kommunalen Infrastruktur beteiligt, welche sich wiederum in den Bodenpreisen niederschlägt. Als Basis wird nicht auf den aktuellen Grundstückswert, sondern auf den sogenannten Einheitswert zurückgegriffen, welcher in einem aufwändigen Verfahren finanzmathematisch ermittelt wird.

Der Neugestaltung der Steuer, die verbunden wäre mit der Neubewertung von etwa 30 Mio. Steuerobjekten, wird regelmäßig der hohe Verwaltungsaufwand entgegen gehalten. Andere Länder beweisen jedoch, dass alternative Bewertungen möglich und sinnvoll sind.

Durch eine sich an dem heutigen Wert des Grundvermögens anlehende Grundsteuer ließen sich moderate Mehreinnahmen für die Gemeinden und Städte erzielen.

Im übrigen müssen mit der Grundsteuer Anreize für eine *sparsame Nutzung des Grund- und Bodens* geschaffen werden können. Damit könnten verstärkt Baulandpotentiale im Siedlungsbestand wie Brach- und Recyclingflächen nutzbar gemacht und Flächenverbräuche einge-dämmt werden.

Um diesen *ökologischen Anspruch* gerecht zu werden bedarf es der breiteren Aufspreizung der Grundsteuerarten nach der Nutzungsart des Grundstückes.

• 6. *Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen entflechten*

Das Grundgesetz kennt grundsätzlich keine direkte Durchgriffskompetenz des Bundes auf die kommunale Ebene. Dennoch besteht die Möglichkeit, unter Beteiligung der Länderkammer Aufgaben auf die kommunale Ebene zu übertragen. Bisher vollzieht sich diese Verfahrensweise eindeutig zu Lasten der Kommunen. Eine wirksame Vertretung der Interessen der Städte, Gemeinden und Landkreise durch die Länder – denen sie im Staatsaufbau zugeordnet sind – ist kaum spürbar. Ganz im Gegenteil, allzu oft dominieren auf Grund ihrer eigenen Finanznot die finanzpolitischen Interessen der Länder, so dass neue „Verschiebebahnhöfe“ finanzieller Lasten in die Kommunen entstehen.

Gerade im Konflikt um die Gemeindefi-

nanzreform offenbart sich ein grundsätzliches Problem: Die Kommunen sind im Ernstfall recht- und schutzlos der Willkür von Bund und Ländern ausgesetzt. Diese können sich über die Köpfe der ebenso demokratisch gewählten Bürgermeister, Landräte sowie der Vertretungskörperschaften hinwegsetzen; die Kommunen müssen diese Entscheidungen schlucken. Damit erweist sich die Grundgesetzgarantie der kommunalen Selbstverwaltung immer mehr als ein stumpfes Schwert. Gegen die Erosion ihrer finanziellen Grundlagen bietet es praktisch keinen Schutz. Um diesem Missstand abzuweichen, muss bei der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung auch eine *Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung* erfolgen.

Dabei geht es vor allem um die *Überprüfung der bestehenden Lastenverteilung* des Grundgesetzes im Verhältnis von Bund, Ländern und Kommunen und um den Abbau von sogenannten Mischfinanzierungen. Hier muss im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Konnexität eine Neuordnung und Bereinigung der bestehenden Aufgabenverteilung mit dem Ziel erfolgen, dass für die Bürgerinnen und Bürger klar ersichtlich wird, welche staatliche Ebene für welche Aufgaben die Verantwortung trägt und wer diese Aufgaben mit welchen Steuern oder Abgaben finanziert.

Darf der *Bund* ausnahmsweise die Kommunen zu Aufgabenträgern bestimmen, muss sich dies in seiner *Finanzierungsverantwortung* niederschlagen. Außerdem sind im Grundgesetz *kommunale Mitwirkungsrechte* zu verankern, die deren Spitzenverbänden eine *wirkungsvolle Einbeziehung* in das Gesetzgebungsverfahren ermöglichen. Gleiches muss bei der Prüfung von Vorhaben der Europäischen Union, die wesentliche Belange von Gemeinden und Gemeindeverbänden berühren, gelten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich diese Ziele allein durch unverbindliche Absichtserklärungen von Bund und Ländern nicht erreichen lassen. Eine dauerhafte Lösung kann nur erfolgen, wenn obligatorische Mitspracherechte der Kommunen bei Gesetzgebungsverfahren und bei Verordnungen mit finanziellen Auswirkungen im Grundgesetz verankert werden. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel des *Österreich-Konvents*, der seit Juni 2003 an einer Staatsreform in Österreich arbeitet. Dort sind die Kommunen neben der Bundesregierung, den höchsten Gerichten, den Ländern und den Parlamenten mit Sitz und Stimme vertreten.

• 7. *Gänzlich neue Einnahmequellen*

Bei den bestehenden Steuerarten ist zu prüfen, ob deren Erträge aus Sachgründen (Konnexitätsprinzip!) ganz oder zum Teil den Kommunen zugeschlagen werden können. Zu denken ist beispielsweise an die den Ländern zustehende *Grund-erwerbssteuer*.

B. VERFASSUNGSRECHTLICHE VERANKERUNG DES KONNEXITÄTSPRINZIPS

Das Grundgesetz ist geprägt vom Grundsatz „die Kostentragung folgt der Aufgabenverantwortung“. Das hat in der derzeitigen Praxis zur Folge, dass „Aufträge zu Lasten Dritter“, insbesondere zu Lasten der Kommunen an der Tagesordnung sind.

Mit dem Slogan „*Wer bestellt, soll auch bezahlen!*“, wird kurz und knapp die Forderung nach der Kostentragung des (juristischen) Verursachers von Aufwendungen umschrieben. Diejenige Verwaltungsebene (Bund oder Land), welche Leistungsgesetze erlässt, ist auch für deren Finanzierung verantwortlich. Es ist abzusichern, dass eine strikte Übereinstimmung von Aufgabenverantwortung, Gestaltungskompetenz und Finanzverantwortung bei allen Aufgaben vorliegt. *Dieses strikte Konnexitätsprinzip ist im Grundgesetz zu verankern.*

C. GRUNDSICHERUNG AUSBAUEN

Die soziale Absicherung aller Menschen ist eine staatliche Aufgabe. Jeder und Jedem muss ein angemessener Lebensunterhalt gesichert werden, um Armut und deren Folgen zu verhindern. Eine solche Grundsicherung sollte möglichst pauschaliert und unbürokratisch abgewickelt werden. Die Kommunen in ihrer örtlichen Nähe können diese Aufgabe am besten ausführen. *Die Kostentragungspflicht dafür ist beim Bund anzusiedeln.* Die bestehenden Sozialhilferegulungen und das neu geschaffene Grundsicherungssystem sind deshalb hinsichtlich der Kostentragung bzw. der Kostenerstattung gemäß dem Konnexitätsprinzip zu verändern.

Die *Fusionsabsichten* der beiden steuerfinanzierten Leistungen *Arbeitslosenhilfe* und *Sozialhilfe* müssen differenziert betrachtet werden. *Positiv* zu bewerten sind all die Anstrengungen, welche auf die Verbesserung der Leistungen für Betroffene gerichtet sind. Dazu zählen die Vereinheitlichung und der Abbau von Verfahrensregelungen, die individuelle Betreuung zur Verbesserung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die Öffnung des Zugangs aller erwerbsfähigen Arbeitslosen zu arbeitsmarktpolitischen Instrumenten des Sozialgesetzbuches III. *Abzulehnen* ist die bloße Absenkung des Leistungsniveaus. Mit diesen gravierenden Änderungen durch die Einführung des sogenannten Arbeitslosengeldes II auf de facto Sozialhilfeniveau sollen der Druck auf die Erwerbslosen verschärft, mit dem bisherigen Arbeitsförderungsrecht gebrochen und der Mehrzahl der bisherigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe weniger Geld zum Lebensunterhalt zur Verfügung gestellt werden.

D. ENTBÜROKRATISIERUNG ALS CHANCE ZUR STÄRKUNG DER KOMMUNEN

Es muss bei neuen Gesetzen und Vorschriften bzw. bei bestehenden Regelungen einen beständigen Prozess der Ver-

waltungsvereinfachung und Entbürokratisierung geben. Die Gültigkeit von Rechtsverordnungen ist generell zeitlich zu begrenzen. Verstärkt ist mit sogenannten Experimentierklauseln zu arbeiten. Die Definition „kommunaler Standards“ sollte auf das verfassungsrechtlich gebotene Mindestmaß reduziert werden, wobei selbstverständlich die demokratischen, sozialen und ökologischen Grundrechte und Staatszielbestimmungen zu beachten sind. Auf diese Weise können wieder mehr Freiraum für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben geschaffen und die Kommunen in die Lage versetzt werden, in *eigener Verantwortung* für mehr Transparenz des Verwaltungshandelns und eine höhere Verwaltungseffizienz zu sorgen.

Bei strikter Umsetzung des Konnexitätsprinzips muss weiter an der *Kommunalisierung* von staatlichen Aufgaben gearbeitet werden (im Freistaat Sachsen Verfassungsgebot!). So können die Stärken der kommunalen Selbstverwaltung und des Subsidiaritätsprinzips wieder mehr zum Tragen kommen.

VI. Reformkommission

A. STAND

Eine Reform des Gemeindefinanzsystems ist schon lange überfällig. Am 27.03.2002 hat das Bundeskabinett die Einrichtung einer Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen beschlossen. Es wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet: Kommunalsteuern und Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe.

Die Arbeitsgruppe *Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe* hat vorgeschlagen, beide Sozialleistungen zusammenzulegen, den Kreis der Berechtigten einzuengen und die Höhe und die Bezugsdauer der Leistung zu kürzen. Das Zauberwort heißt *Arbeitslosengeld II*. Dahinter verbirgt sich für die derzeitigen Arbeitslosenhilfeempfänger, insbesondere die Langzeitarbeitslosen, eine massive Absenkung ihrer Einkommen, da sich ihr Anspruch nur noch auf dem viel niedrigeren Sozialhilfeniveau bewegt. Das Bundeskabinett hat mit seinen Beschlüssen vom 13.08.2003 den Weg für die parlamentarische Umsetzung der sogenannten Hartz-Gesetze III und IV frei gemacht.

Einen solchen bloßen Sozialabbau wird die PDS auf das schärfste mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.

Keinerlei Ergebnisse kann die Arbeitsgruppe *Kommunalsteuern* vorweisen. Die Mitglieder konnten sich auf kein einvernehmliches Votum für eine Neugestaltung der kommunalen Steuereinnahmen einigen. Die Bundesregierung war somit in der Pflicht, selbst einen Vorschlag vorzulegen. Diskussionen über dessen Inhalt fanden zwar insbesondere in der Zeit der „Sommerpause“ statt, den eigentlichen Gesetzentwurf legte das Bundeskabinett allerdings erst am 13.08.2003 vor. Der Lösungsvorschlag für eine „vitalisierte“ Gewerbesteuer orientiert sich an den

Überlegungen der kommunalen Spitzenverbände, ohne jedoch den Vorschlag der Einbeziehung von gewinnunabhängigen Besteuerungsgrundlagen aufzugreifen. Ungewöhnlich deutlich sind die Reaktionen der Interessenverbände der Städte und Gemeinden auf die Gesetzentwürfe ausgefallen. Sie bezeichnen die Kabinettsbeschlüsse als „*absolut unakzeptabel*“ und werfen dem Bundesfinanzminister Wortbruch vor. Der Gesetzentwurf zur Gewerbesteuer sei „*unbrauchbar*“ und der Vorschlag zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe „*müsse deutlich korrigiert werden*“. Außerdem werden der Bundesregierung geschönte Auswirkungsberechnungen zu Lasten der Kommunen vorgeworfen. Laut Deutschem Städtetag haben die Kommunen bei vollständiger Umsetzung der Vorschläge im Jahr 2005 sogar ein *zusätzliches Defizit von 1,4 Mrd. EURO* zu befürchten.

Auf das weitere Verfahren muss man gespannt sein, da mit den vorliegenden Gesetzentwürfen weder die Länder noch die kommunale Ebene zufrieden sein können. Es werden sicherlich noch gravierende Nachbesserungen erforderlich sein, um im Bundestag und Bundesrat für die Reform die erforderlichen Mehrheiten zu sichern.

Bei all den bisher geführten Debatten um einen möglichen Reformbedarf wurde deutlich, dass die eigentlich Betroffenen, nämlich die sozial Schwachen in Form von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern bzw. deren Angehörigen von den Verantwortlichen bei der Diskussion der Probleme ausgeschlossen werden. Sie sind nur mehr Spielball von Partikularinteressen und ungeliebte Haushaltsstellen bei Bund, Ländern und Gemeinden. Es ist eher unwahrscheinlich, dass ab dem Jahr 2004 positive Auswirkungen aus einer solchen Gesetzesnovelle in den kommunalen Kassen spürbar werden.

B. DEFIZITE DER REFORMKOMMISSION

Problematisch war von Anfang an die Beschränkung der Kommissionsarbeit auf die genannten zwei Themenschwerpunkte und die Dominanz der Kommission durch Mitglieder der Bundesregierung und Vertreter der Unternehmer- und Wirtschaftsverbände. Für grundlegende Reformüberlegungen bleibt deshalb schon von der Anlage der Reformkommission her kein Raum!

Eine Gemeindefinanzreform muss aber, wenn sie dem Anspruch ihres Titels gerecht werden soll, das gesamte System der kommunal relevanten Steuern einbeziehen und zwingend dem Konnexitätsprinzip und Entflechtungsüberlegungen Rechnung tragen.

Positiv zu beurteilen ist, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise erstmals unmittelbar Beteiligte an einer solchen umfassenden Erörterung waren und damit auf die Ergebnisse direkt Einfluss nehmen konnten. ■

Aktionswoche der Kommunen vom 4. bis 11. November.

BERLIN. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund äußerten am 16.09.2003 in Berlin scharfe Kritik am Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Gewerbesteuer wie auch an den Plänen der Union, den Kommunen die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit aufzubürden. Gemeinsam kündigten die beiden kommunalen Spitzenverbände eine Aktionskampagne unter dem Titel „Reformen statt Kahl-schlag“ an. Damit wollen sie in den nächsten Wochen auf die Folgen eines möglichen Scheiterns der Gemeindefinanzreform aufmerksam machen. Im Mittelpunkt der Kampagne sollen die Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger stehen. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth aus Frankfurt am Main, berichtete dazu: Erstes Ereignis der Aktionskampagne wird eine außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages mit mehr als 1000 Teilnehmern am 24. September in Berlin sein. Im Rahmen einer Aktionswoche vom 4. bis 11. November sollen in Berlin, vor allem aber vor Ort in den Städten und Gemeinden, Informationen über die Krise der Kommunalfinanzen vermittelt werden und dazu Protestaktionen stattfinden. Dabei ist zum Beispiel an eine Aktion von Oberbürgermeistern und Bürgermeistern im Bereich des Bundestages und des Bundesrates gedacht, an symbolische Protestbeflaggung an deutschen Rathäusern und an Abgeordnetenhearings, zu denen die lokalen Bundestagsabgeordneten eingeladen werden.

Konkret forderten Städte und Gemeinden Bundestag und Bundesrat auf, den kommunalfreundlichen Gesetzentwurf des Landes Schleswig-Holstein zur Gewerbesteuerreform zu beschließen. Dadurch könne die Gewerbesteuer in der Substanz und im Aufkommen gestärkt werden, so Frau Roth. Der Entwurf der Bundesregierung werde von den Städten eindeutig abgelehnt. Mit Blick auf die Union fügte sie hinzu, Sofortmaßnahmen seien wichtig, führten aber nicht dauerhaft zur notwendigen Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. www.staedtetag.de

GATS-Verhandlungen: „Holzauge sei wachsam“. ESSEN. Dem Haupt- und Finanzausschuss des Stadtrates lag jetzt ein Bericht der Verwaltung zum Stand der laufenden GATS-Verhandlungen vor. Der Bericht war auf Antrag der PDS-Ratsgruppe vom Stadtrat im März diesen Jahres in Auftrag gegeben worden. Schließlich geht es bei den GATS-Verhandlungen darum, öffentliche Dienstleistungen dem internationalen Wettbewerb zu öffnen. D.h. Hin-

dernisse der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge oder auch von Schulen oder Theatern sollen beseitigt werden.

Der von der PDS initiierte Bericht stellt kurz den Stand der Verhandlungen vor und hebt positiv hervor, dass die EU im Augenblick keine weitere Liberalisierung der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung angeboten hat. Allerdings – darüber geht der Bericht hinweg – hat die EU eine Marköffnung von anderen Ländern verlangt. Den europäischen Wasser-Konzernen soll die Expansion in Dritte-Welt-Länder, aber auch in die USA erleichtert werden. In den USA ist die Wasserversorgung anders als im Energiebereich noch zu einem großen Anteil (im Jahr 2000 waren es gut 50 %) in öffentlicher Hand. Durch die Forderungen der EU besteht die Gefahr, dass der sensible Bereich Wasserversorgung und -entsorgung im Zuge der „Eigendynamik“ der Verhandlungen doch noch liberalisiert wird.

Aus Sicht der PDS-Ratsgruppe heißt es daher: „Holzauge, sei wachsam“. Vor allem die dem Bericht beigefügte Stellungnahme des europäischen „Ausschusses der Regionen“ weist auf zahlreiche weitere kritische Auswirkungen für die kommunale Ebene hin. Die PDS-Ratsgruppe sieht sich dadurch in ihrer Auffassung bestätigt, die GATS-Verhandlungen, die bisher wie Geheimverhandlungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden, öffentlicher Diskussion zugänglich zu machen. Sie begrüßt es ausdrücklich, dass die Verwaltung über den Fortgang der Verhandlungen unterrichten will.

www.pds-essen-im-rat.de

Bürgerbegehren gegen Privatisierung der Stadtwerke. NORDERSTEDT. Die Stadtvertretung der Stadt Norderstedt hat am 2. September dieses Jahres mehrheitlich (d.h. mit den Stimmen von CDU und FDP) die Umwandlung des Eigenbetriebes Stadtwerke in eine GmbH beschlossen. Da dies nicht im Interesse der Norderstedter Bevölkerung ist, wurde die Initiative „Pro Eigenbetrieb Stadtwerke“ gegründet. Die Initiative möchte in den nächsten 6 Wochen die Unterschriften von 10 % aller Wahlberechtigten (dazu gehören auch EU-BürgerInnen) sammeln. Das heißt, ca. 6000 Bürgerinnen und Bürger müssen das Begehren unterschreiben, damit anschließend ein Bürgerentscheid zu der Frage: „Sollen die Stadtwerke Norderstedt ein Eigenbetrieb der Stadt bleiben?“ durchgeführt werden kann. Die Initiative beginnt mit dem Aufbau von Links in ihrer Homepage, so den erfolgreichen Bürgerentscheid gegen die Teilprivatisierung der Stadtwerke Münster. www.pro-eigenbetrieb.de

Zusammenstellung: baf

Die Stadt gehört allen!

Bundesarbeitsgemeinschaft
Wohnungslosenhilfe e.V.



Ab Januar 2004 werden in allen Krankenhäusern verbindlich diagnosebezogene Fallpauschalen eingeführt, die das System der Tagessätze ablösen. Mit diesen Fallpauschalen soll u.a. eine Verkürzung der Liegezeiten in den Krankenhäusern erreicht werden. Dies kann aber nur mit einem funktionierenden ambulanten System nach dem Krankenhausaufenthalt gelingen. Diese und weitere Bestimmungen der Pauschalenregelung, die nicht den Lebenslagen Wohnungsloser entsprechen, werden zu einer weiteren Gefährdung des Gesundheitszustandes und einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung wohnungsloser Patienten führen, befürchtet die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W).

Kürzere Lebenserwartung wohnungsloser Menschen

Der Gesundheitszustand wohnungsloser Menschen ist wesentlich schlechter als der der Durchschnittsbevölkerung. Studien haben erwiesen, dass wohnungslose Männer eine um zehn Jahre geringere Lebenserwartung haben. Deutlich häufiger als in der wohnenden Bevölkerung finden sich Mehrfacherkrankungen. Bei einem großen Teil der wohnungslosen Patientinnen und Patienten bestehen zusätzlich zur sozialen Situation und den zu behandelnden somatischen Erkrankungen psychische Störungen.

Es dauert oftmals lange bis ein Kontakt bei dieser Patientengruppe gebahnt ist. Auch dann muss immer erwartet werden, dass die Behandlung vorzeitig abgebrochen wird: Wohnungslose Patientinnen und Patienten haben häufig eine Geschichte schlechter – auch diskriminierender – Erfahrungen mit dem medizinischen Regelsystem.

„Das Leben auf der Straße, in Behelfs- oder Notunterkünften lässt wohnungslose Frauen und Männer die Krankheitssignale ihres Körpers überhören. Ihre Krankheitseinsicht und damit ihre Motivation zur Mitwirkung bei der medizinischen Behandlung ist in Folge nur begrenzt“, erklärte Dr. Barbara Peters-Steinwachs, Wohnungslosenärztin aus München und Vorsitzende des Fachausschusses Gesundheit der BAG W.

„Ohne Wohnung ist eine medizinische Weiterbehandlung und Ausheilung nach dem Krankenhausaufenthalt kaum möglich“, so Peters-Steinwachs.

System der Fallpauschalen

In dem System der diagnosebezogenen

Diagnosebezogene Fallpauschalen in Krankenhäusern gefährden medizinische Versorgung wohnungsloser und sozial ausgegrenzter Patienten

BAG Wohnungslosenhilfe fordert Einführung eines Soziallevels

Fallpauschalen wird die Lebenslage wohnungsloser und sozial ausgegrenzter oder sozial isolierter Patientinnen und Patienten nicht berücksichtigt. Dort berechnet sich das Entgelt für einen Fall aus einem definierten Basisfallpreis für die Erkrankung und einem so genannten Komorbiditäts- und Komplikationslevel. Gemeint sind damit Begleiterkrankungen und Komplikationen, die den stationären Krankheitsverlauf beeinflussen. Eine Glättungsformel wiederum verhindert, dass bei zu vielen zusätzlichen Krankheiten der errechnete Preis ins Unermessliche ansteigt. Beabsichtigt ist mit diesem Vergütungsmodell einerseits, die Vergleichbarkeit zwischen allen Kliniken bundesweit herzustellen. Andererseits soll damit aber auch eine weitere Verkürzung der Liegezeiten erreicht werden. „Geht man von einem funktionierenden ambulanten System nach der Krankenhausentlassung aus, ist dieses Ansinnen durchaus realistisch“, erklärte Dr. Frauke Ishorst-Witte, Wohnungslosenhilfenärztin aus Hamburg. „Das bedeutet, dass für rekonvaleszente und evtl. noch der Pflege bedürftige Patienten ein Haus- oder Facharzt (der auch Hausbesuche macht), unter Umständen ein Pflegedienst oder Angehörige und Freunde zur Verfügung stehen müssen. Vor allem aber benötigt der Mensch eine Häuslichkeit und die Möglichkeit zum Rückzug. Diese Voraussetzungen sind bei den meisten wohnungslosen Patienten nicht gegeben.“

Ein funktionierendes System zur ambulanten Nachsorge, z.B. in Krankenzimmern oder speziell ausgestatteten Krankenzimmern in Übernachtungsheimen, existiert in den meisten Städten nicht. Bis jetzt wird häusliche Krankenpflege für wohnungslose Patienten ohne eigenen Haushalt häufig von den Kostenträgern nicht bezahlt. Ishorst-Witte: „Es stellt sich somit die Frage, wie die Krankenhäuser reagieren werden, wenn aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine Entlassung indiziert ist, der Patient jedoch für das Leben auf der Straße oder in einer Übernachtungsstätte noch zu krank ist. So wird zum Beispiel für eine einfache Bronchopneumonie (Lungenentzündung) ohne Komplikationen eine Verweildauer von sechs Tagen veranschlagt. Das Krankenhaus kann den Patienten selbstverständlich länger stationär bleiben lassen, erhält aber erst ab einer Dauer von 21 Tagen wieder mehr Geld. Das bedeutet, dass die Zeit dazwi-

schen für das Haus defizitär wird. Für bestimmte Operationen, wie beispielsweise die Appendektomie (Blinddarmentfernung) gibt es die erwähnten Komorbiditätsfaktoren nicht. Aufgrund der häufigen Mehrfacherkrankungen von wohnungslosen Patienten kann sich deren Entlassung aber hinauszögern. Für eine Klinik sind sie dann eine wenig attraktive Patientengruppe.“

Ähnlich verhält es sich bei einem vorzeitigen Abbruch der Behandlung durch den Patienten: Vergütet wird dann nicht der Basispreis, sondern nur ein niedrigeres Relativgewicht des Basispreises.

Forderungen: Soziallevel im System der Fallpauschalen, Sicherstellung der häuslichen Pflege und der Krankenversicherung für Wohnungslose

„Die Lebenslage wohnungsloser und sozial ausgegrenzter oder isoliert lebender Menschen wird in diesem System nicht berücksichtigt. Wir befürchten daher eine weitere Gefährdung des Gesundheitszustandes und der medizinischen Versorgung wohnungsloser Patientinnen und Patienten“, erklärte Winfried Uhrig, stellvertretender Vorsitzender der BAG Wohnungslosenhilfe.

Die BAG Wohnungslosenhilfe fordert daher eine Nachbesserung der Bestimmungen zu den diagnosebezogenen Fallpauschalen sowie Verbesserungen bei den anstehenden Reformen des Gesundheitssystems, die der Benachteiligung der wohnungslosen und sozial ausgegrenzten Menschen im Gesundheitssystem endlich ein Ende setzen. Winfried Uhrig: „Neben den Komorbiditäts- und Komplikationsleveln im System der Fallpauschalen muss es auch einen Soziallevel geben.“

Die Novellierung der gesetzlichen Bestimmungen zur häuslichen Krankenpflege (nach § 37 SGB V) muss sicherstellen, dass auch Menschen ohne eigenen Haushalt Anspruch auf häusliche Krankenpflege haben.

Wohnungslose müssen auch ohne dauerhafte Meldeadresse Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung erhalten und mit einer Krankenversichertenkarte ausgestattet werden. Dies ist ein wichtiger Schritt, um eine der vielen Zugangsschwellen zur medizinischen Regelversorgung für wohnungslose Patientinnen und Patienten leichter überwindbar zu machen.“

Bielefeld/Berlin, 17.9.03. Werena Rosenke, Fachreferentin und stellvertretende Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe. www.bagw.de

Autoindustrie fordert Reformen. HB, Fr/Sa, 12./13.9.03. – „In der Geschichte der Bundesrepublik hat es noch nie einen Aufschwung ohne das Zugpferd Automobilindustrie gegeben“, so VDA-Präsident B. Gottschalk bei der Eröffnung der IAA. Sie sei die einzige Branche, in der noch Arbeitsplätze geschaffen würden. Er forderte den Kanzler auf, die nötigen Schritte für einen Aufschwung der Branche einzuleiten. Die Bundesregierung müsse die Abgabenlast für die Deutschen reduzieren. Zugleich warnte er, das Autofahren durch Benzinsteuern zu verteuern.

BDI wünscht deutschen EU-Kommissar. HB, Mittwoch, 17.9.03. – „Wir brauchen einen deutschen EU-Kommissar, der für die Kernkompetenzen der größten europäischen Volkswirtschaft eintritt“, sagt der Geschäftsführer des BDI, L. v. Wartenberg. Er betonte, entscheidend für einen Kommissar mit wirtschaftspolitischen Zuständigkeitsbereich sei weniger dessen ökonomische Ausbildung als seine Fähigkeit, „das Machtgefüge in der EU zu beherrschen und das Brüsseler Netzwerk zu kennen“. Deutschland habe angesichts der derzeitigen Frontstellungen zwischen kleinen und großen Mitgliedsländern um die künftige Machtverteilung in der EU keine Chance, den Kommissionspräsidenten zu stellen. Hingegen bestünden gute Aussichten auf einen der Stellvertreterposten. Diese Rolle sei geeignet, wirtschaftspolitisch relevante Themenfelder wie Binnenmarkt, Umwelt, Außenhandel und Wettbewerb zu koordinieren. Er sei sicher, dass der Bundeskanzler die BDI-Auffassungen zur strategischen Aufstellung Deutschlands im Rennen um künftige Kommissionsposten teile, so von Wartenberg.

Abweichung vom Flächentarifvertrag bei Arbeitgebern umstritten. – Das Präsidium der BDA hat einstimmig dafür plädiert, das so genannte Günstigkeitsprinzip im Tarifvertragsgesetz klarer zu fassen, so BDA-Hauptgeschäftsführer R. Göhner. Danach sollen sich Belegschaften abweichend vom Flächentarif auf Lohnverzicht einlassen dürfen, wenn der Arbeitgeber dafür Beschäftigungszusagen gibt. D. Kröncke, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Niedersachsenmetall warnt davor, immer mehr tarifrechtliche Regelungskompetenzen auf Betriebsräte und Belegschaften zu verlagern: „Das Ziel, dass Tarifverträge eigentlich Mindestbedingungen regeln sollen, würde so noch weiter in die Ferne rücken“. Er distanziert sich vom Gesetzesentwurf, den CDU/CSU im Herbst ins Gesetzgebungsverfahren einspeisen will.

Presseauswertung: rst

Am 21.9.2003 fand die 4. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Berlin statt.

Heftige Kritik und kontroverse Debatte gab es an der Regierungspolitik der rot-roten Regierung: „Die PDS habe ihre Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit verloren, bemängelten Kritiker. Es sei kein Anspruch auf soziale Gerechtigkeit mehr zu erkennen, nur noch der Versuch des Machterhalts. PDS-Bundesvorsitzender Lothar Bisky unterstützte die Berliner PDS-Führung und verteidigte die geplante Erhöhung der Kita-Gebühren“, schreibt das Neue Deutschland in einem Kurzbericht.

Im Internet veröffentlicht die Berliner PDS ein „Newsletter“ von Axel Hildebrandt, Pressesprecher der Berliner PDS. In einem Kurzbericht heißt es u.a.:

Projekt-Gruppen

Vor Jahresfrist wurde die Bildung von Projekt-Gruppen beschlossen. Sie sollen helfen, dass politisch-inhaltliche Profil der Berliner PDS zu schärfen. Die Ergebnisse aus zwei Projektgruppen wurden dem Landesparteitag vorgestellt und von den Delegierten beschlossen: „Der Bezirk als Bürgerkommune“ und „Berlin – sozial und zukunftsfähig“. Außerdem wurden „Schritte zur Erarbeitung eines Kulturkonzeptes für Berlin“ bestätigt.

Doppel-Haushalt

Im Berliner Abgeordnetenhaus wird derzeit ein Doppel-Haushalt für die Jahre 2004/05 beraten. Der rot-rote Senat hat dafür die Vorlage erarbeitet. Stefan Liebich, Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzender, erläuterte in seiner Rede unter anderem die politische Strategie der PDS im überschuldeten Berlin. Besonders umstritten am Haushaltsentwurf waren – auch auf dem Parteitag – zwei Vorgaben: Eine Senkung des „Blinden-Geldes“ und die Erhöhung von Kita-Gebühren.

Blinden-Geld

Als Gast sprach ein Vertreter des Berliner Blinden- und Sehschwachen-Verbandes. Auch er warb dafür, die vorgesehene Absenkung des „Blinden-Geldes“ nicht vorzunehmen. Anderer Redner und Akteure verwiesen darauf, dass die Absenkung des „Blinden-Geldes“ Teil eines Gesamtpaketes im Sozialbereich ist, das mit der SPD ausgehandelt wurde und insgesamt wesentlich die Handschrift der PDS trüge. Schließlich forderte der Parteitag die Senatoren, Abgeordneten, Bürgermeister und Stadträte mit PDS-Mandat auf, „Möglichkeiten zu erschließen“, die die Absenkung des Blindengeldes und der Sehschwachenhilfe „verhindern“.

Kita-Gebühren

Die Kita-Gebühren sollen erhöht wer-

den, um das insgesamt gute Berliner Betreuungsangebot auch angesichts der Haushaltsnotlage erhalten zu können. Die SPD hatte für eine lineare Erhöhung plädiert, die alle betreffen würde. Die PDS hatte sich mit einem gestaffelten Modell durchgesetzt. Wenig Verdienende, also rund 50 Prozent, wären demnach von der Erhöhung nicht betroffen, dafür müssten Besserverdienende zum Teil deutlich höhere Gebühren zahlen. Umstritten war auf dem Parteitag die Erhöhung an sich, aber auch das Staffellmodell. Letzteres wurde bestätigt. Außerdem soll mit der SPD „nachverhandelt“ werden, damit die Kosten für Krippen-Plätze nicht angehoben werden müs-

sen.

Studien-Gebühren

Seit einem Viertel Jahr wird in Berlin und in der PDS generell und kontrovers über Studien-

Gebühren diskutiert. Auslöser ist ein Vorstoß von Wissenschafts-Senator Thomas Flierl für Studien-Konten mit credit points. Der Landesparteitag beschloss nun, das Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen, voraussichtlich im I. Quartal 2004. Vorher soll es eine „hochschulpolitische Konferenz“ und ein öffentliches Anhörungsverfahren zum Studienkonten-Modell des Senators und Alternativen dazu geben. Die Einführung von Studiengebühren in Berlin wurde vom Parteitag abgelehnt.

Agenda sozial

Mit „Solidarität statt Abriss des Sozialstaates – Wider die Agenda 2010“ ist ein weiterer Beschluss überschrieben. In ihm geht es um politische Alternativen der PDS und um außerparlamentarische Proteste gegen die Gesetze im Rahmen der Agenda 2010. Dazu gehören der Aktionstag der PDS am 20.10.2003 und die bundesweite Bündnis-Kundgebung am 01.11.2003 in Berlin.

weitere Abstimmungen

Seit Woche eskaliert in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Ost-Europa der Streit über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, das nach den Vorstellungen deutscher Vertriebenen-Verbände in Berlin angesiedelt werden soll. Die PDS lehnt das Ansinnen als erste Berliner Partei per Parteitagsschluss ab.

Ebenso abgelehnt wurde ein Antrag, der vorwiegend von Mitgliedern der KPF kam. Demnach sollte der Landesparteitag das jüngst geäußerte Ansinnen von Oskar Lafontaine zurückweisen, wonach SPD und PDS in den neuen

Ländern fusionieren sollen. Da ohnehin niemand in der PDS eine solche Fusion wolle, habe der Antrag den Charakter einer Sicherungsleine, inklusive Misstrauens-Votum gegen die eigenen Genossen, begründete Udo Wolf, stellv. Landesvorsitzender, seine Ablehnung.“

Am 11. September trafen im Berliner Karl-Liebknecht-Haus **PDS-Vorsitzender Lothar Bisky und Nikos Kostantopoulos, Vorsitzender der griechischen Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie Synaspismos** in Fortsetzung langjähriger solidarischer Zusammenarbeit zu bilateralen Arbeitskonsultationen zusammen. In einer Presseerklärung heißt es dazu:

„Bisky und Kostantopoulos vereinbarten eine enge Abstimmung zwischen PDS und Synaspismos bezüglich der europäischen Zusammenarbeit von Linksparteien, um noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 das Projekt der Schaffung einer europäischen Linkspartei entscheidend voranzubringen. Sie stimmen darin überein, dass ein solches Projekt das klare Profil der europäischen Linken gegen die neoliberale Ausrichtung des europäischen Einigungsprozesses zum Ausdruck bringen muss.“

Das Versagen der Regierungen, wirtschaftlichen Großunternehmen in Europa und auch der europäischen politischen Parteien von EVP, ESP bis hin zur Grünen Föderation, den Menschen in der EU eine klare Perspektive angesichts der globalen Herausforderungen und ihrer Rückwirkung auf die gesellschaftliche Entwicklung in den EU-Mitgliedsstaaten zu geben, erfordere hier endlich eine entschiedene Positionierung der Linken. Bisky und Kostantopoulos sprachen sich für die konstruktive Mitwirkung ihrer Parteien an der künftigen Entwicklung der EU aus. Das erfordere konkrete Alternativen zur gegenwärtigen europäischen Realität, die für so viele Bürgerinnen und Bürger nur in Sozialabbau, ungenügenden demokratischen Teilhabemöglichkeiten und einem Vorantreiben der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten besteht.

Weitere Themen waren die Verständigung zum Entwurf über eine europäische Verfassung, das Zusammenwirken mit Alter-Globalisierungskräften und sozialen Bewegungen im Rahmen der Europäischen und Weltsozialforen, die Beratung gemeinsamer Aktionen zur Unterstützung und Reaktivierung des Friedensprozesses im Nahen Osten und die Wiederherstellung der souveränen Rechte des irakischen Volkes und sein Kampf für die Eröffnung einer demokratischen Perspektive des Landes.“

Zusammenstellung: jöd



Abschied von Věra Picková

Ahoj, Věra

Im Alter von 83 Jahren starb am 17. August in Prag die Antifaschistin und Kommunistin Věra Picková. Sie wird uns sehr fehlen. Věra war nicht nur diejenige, die vor nunmehr fünfeinhalb Jahren den Anstoß für die Herausgabe der Deutsch-Tschechischen Nachrichten gab. Sie hat uns in diesen Jahren mit Aufmerksamkeit begleitet, uns nach Kräften gefördert, uns ihre Freundschaft geschenkt.

Viele unvergessliche Stunden haben wir mit ihr verbracht, in ihrem geliebten Prag, wo sie fast zu jedem Haus ein Geschichte zu erzählen wusste, in München, wo sie es nie versäumte, neben ihren politischen Aufgaben auch die Gelegenheit wahrzunehmen, ihre „Lieblinge“ in der Alten Pinakothek zu besuchen.

Věra war voll lebensfroher Warmherzigkeit – und konnte auch unendlich giftig sein. Sie sprühte vor pfiffigen Ideen, sie verstand es, andere für deren Verwirklichung zu gewinnen. Sie war eine begeisterte – und begeisternde – Journalistin, eine phantastische Dolmetscherin und Übersetzerin und eine wunderbare Erzählerin.

Vor einigen Jahren besuchten wir sie einmal zu zweit in ihrem kleinen Häuschen in Prag-Strašnice. Sie bewirtete uns mit vielen köstlichen Speisen der tschechischen Küche. Bevor wir zu essen begannen, fiel unser Blick auf einen silbernen Suppenlöffel, der sich auffällig von dem anderen Besteck unterschied und sehr alt zu sein schien. Věra sagte augenzwinkernd: „Das ist ein Teil meiner Kriegsbeute.“ Natürlich wollten wir die Geschichte hören. Und Věra erzählte. Unbemerkt ließen wir ein Tonband mitlaufen – was wir ihr gleich anschließend beichteten. Sie war uns nicht böse, ganz im Gegenteil. Sie habe sich schon längst vorgenommen, ihre Erinnerungen aufzuschreiben, doch hatten ihre vielfältigen Aktivitäten ihr nie Zeit dazu gelassen.

Damit Ihr wisst, wie Věra war, hört selbst die Geschichte, die sie uns erzählte: (Renate Hennecke, DTN)

Der Löffel

ERZÄHLT VON VĚRA PICKOVÁ

Vom Frauen-KZ Ravensbrück wurde ich in den letzten Jahren des Krieges als Krankenschwester in das Arbeitserziehungslager bei Salzgitter-Watenstedt ausgeliehen. Als das Lager von den Amerikanern bombardiert wurde, schickte man mich mit den kranken Häftlingen in das Krankenhaus der nahe gelegenen Hermann-Göring-Werke. Dort erlebte ich auch das Kriegsende.

Irgendwann im April 1945 kam die Nachricht, dass die Amerikaner kommen,

und zwar auf den Eisenbahngleisen. Ich konnte es nicht abwarten und lief ihnen entgegen. Als ich sie erreichte, konnte ich mich nicht erinnern, was ich ihnen sagen soll auf englisch, da habe ich gesagt: „Where are your tanks?“ Die haben mich vielleicht blöd angesehen. Aber ich war so glücklich. In meinem weißen Schwesternkittel habe ich so einen Stern gemacht – oder wie heißt das auf deutsch, wenn man sich so stellt und geht dann auf die Hände und wieder auf die Füße – ein Rad schlagen? Ja, nie im Leben vorher hab ich das gemacht, aber in diesem Moment hab ich runter von der Böschung ein Rad geschlagen.

Nach diesem Rad hat sich das alles so in die Wege geleitet und ich bin mit in ein nahegelegenes Dorf gegangen. Ich ahnte nicht, dass die erste Villa am Rand von diesem Dorf, wo jetzt die Amerikaner drin waren, die Villa von dem ehemaligen Leiter des Arbeitserziehungslagers war, oder vielleicht auch von dem Direktor der Hermann-Göring-Werke, das weiß ich nicht mehr genau, es ist auch nicht wichtig. Die Amerikaner waren froh, weil sie einen Häftling getroffen haben, der Englisch spricht, und sie boten mir eine Zigarette an, eine Camel. Bis dahin hatte ich nicht geraucht. Also habe ich eine geraucht, eine zweite und eine dritte. Das war so eine Erregung. Da habe ich angefangen zu rauchen. Am 21. April 1945.

Dann sagten sie mir, sie hätten, eingemauert im Keller, eine Menge von Silberbestecken und alles Mögliche gefunden, ob ich's nicht will. Irgendwo haben sie zwei Koffer gefunden, und die zwei Koffer haben sie voll gemacht mit dem Besteck. In solchen Momenten ist aber die Wertreihe ganz anders, viel menschlicher als in dem anderen Leben. Ich hatte inzwischen in der Bibliothek die Gesammelten Werke von Goethe, Schiller und Heine gesehen. Diese Bücher waren für mich wertvoller als das ganze Silber. Ich sagte: „Ich komme morgen, aber vorerst – ich habe so lange nichts gelesen, ich möchte die Bücher mitnehmen.“ Da suchten sie irgendwo zwei Kartoffelsäcke und legten da hinein eine Hälfte der Bibliothek. Und der Lieutenant gab's einem Soldaten, dass er's mir bringt. Na, wie der mich angeguckt hat, wie er sich's über den Rücken zog – mit drei Klassikern und noch welchen ...!

Am nächsten Tag schickten sie mich in den Keller. Aber da war schon einer von den „Displaced persons“ und hatte beide Koffer schon in der Hand. Der Amerikaner wollte sie ihm entreißen. Ich sagte: „Mein Gott, lassen Sie's ihm, er braucht es mehr.“ Für mich hat der Heine mehr Wert gehabt als das ganze Silberbesteck und was noch alles. Aber sie haben sich darum gerissen, und dabei ist der Koffer aufgeplatzt, und alles ist rausgefallen. Er sammelte sich das alles zusammen, und dann lief er weg, und es blieben ein paar Löffel – eine große Suppenkelle (die ist mir aber irgendwo entgangen, ich weiß nicht mehr, wie es damit weiterging), und

auch dieser Löffel ist ein Teil von dieser Beute, meiner „Kriegsbeute“.

Das ist aber nicht alles: Es war dort ein Verbindungsoffizier, ein Kapitän, von unserer Londoner Regierung. Das Gelände wurde ja allmählich befreit, und wo es schon so weit war, da wurden diese Leute hingeschickt, um die Repatriation zustande zu bringen. Er nahm sich zur Hand einen Jungen aus der Ostslowakei, der mit der französischen Armee zusammen gekämpft hatte. Die Franzosen hatten seinen Namen verändert, und so kam er als französischer Kriegsgefangener in die Hermann-Göring-Werke, wo die Gefangenen arbeiten mussten. Den hat der Kapitän – Polivka hieß er – aufgefunden, dann mich – über mich hatte er erfahren, dass ich Sprachen kenne und dass ich tippen kann – und als Fahrer noch zwei Slowaken vom Slowakischen Aufstand. In der Villa, wo zuerst die Amerikaner waren – die zogen dann aber weg – haben wir unser Repatriationszentrum eingerichtet und angefangen, die Repatriation vorzubereiten. Das war ungefähr am 28. April.

Der Krieg ging zu Ende, und wir hatten einen ganzen Zug von Verschleppten – „Displaced persons“ – für die Heimatreise vorbereitet. Es waren auch Familien mit kleinen Kindern dort. Und als alles fertig war, da beschlagnahmten uns die Amerikaner den ganzen Zug und verboten es uns. Da sagte unser Kapitän: „Also, Kinder, wir fahren nach Prag und beschweren uns.“ Bei wem? Bei unserer Regierung. Logisch. Das sind doch unsere Bürger, und man lässt sie nicht zurück.

Das Permit, das wir hatten, galt bloß für 60 km von dem Gebäude entfernt, wo wir wohnten. Da hat mir also der Kapitän gesagt: „Jetzt machst du noch eine Null dazu, und wehe dir, wenn es nicht passt.“ Es passte, und mit diesem falschen Ausweis sind wir losgezogen nach der Heimat Tschechoslowakei. Alles ging gut. Überall zeigten wir das. Bis auf die tschechoslowakische Grenze. Dort war ein malaysischer Soldat. Der nahm unser Permit und schaute es so und schaute es andersherum an. Ich flüsterte unserem Kapitän: „Er hält es umgekehrt, wahrscheinlich ist er Analphabet.“ Weil er es nicht lesen konnte, sagte er: „Wer ist euer Leiter? Der geht mit mir zu meinem Major.“

Wir bekamen es mit der Angst, und der Kapitän sagte: „Wenn ich in einer Stunde nicht zurück bin, dann überfahrd den anderen Soldaten und fahrt los nach Prag.“ Es war fast eine Stunde vergangen, aber nicht ganz. Da kam unser Kapitän. Er wedelte mit einem neuen Ausweis und sagte nur: „Weckt mich, wenn wir in Prag sind.“ Aufgrund unseres falschen Ausweises hatte er einen echten bekommen, weil man ihm gesagt hat, dass ab hier andere Ausweise gültig sind.

Da zogen wir weiter. Wir kamen in ein Waldgebiet. Eine Grenze gab es nicht – nur Chaos. So etwas erlebt man nicht in einem Menschenleben, das passiert nur –

eben sehr selten. Plötzlich sagt der Chauffeur „Wir sind jetzt zu Hause“ und bringt das Auto zum Stehen. Es war fast am Ende des Tages. Wir stiegen aus und sagten, ja, wir sind jetzt ganz bestimmt zu Hause. Nach ein paar Metern kamen wir aus dem Wald heraus, da waren schon die Dörfer. Die mit weißen Fahnen waren Sudeten, und das erste Dorf, wohin wir gekommen sind, das war unser. Man kann die Heimat also spüren, ohne die Grenze zu sehen.

Als wir nach Prag kamen, wurde das Benzin, das wir getankt hatten, alle. Wir fuhren noch zu meinem Haus. Es war Ende Mai und warm, die Leute saßen vor dem Haus und ratschten. Ich sagte: „Ich geh nach Hause. Fahrt weg und kommt morgen zurück.“

Nun kam ich ins Haus. In den ersten Stock. Und klingelte. Es öffnete mir eine ganz fremde junge Frau. Da war ich fast ohnmächtig und sagte: „Wohnen hier die Papouškovi nicht mehr?“

Die junge Frau schrie laut und machte mir die Tür vor der Nase zu. Könnt ihr euch vorstellen, wie mir war? Dann plötzlich öffnete sich die Tür wieder, und es steht dort eine Frau im Schlafrock – meine Mutter. Und die andere war meine Schwester, die neun Jahre alt gewesen war, als ich verhaftet wurde. Nur Vater war noch nicht da. Er war an demselben Tag verhaftet worden wie ich, aber das ist eine andere Geschichte.

Es gab damals dort am Wenzelsdenkmal ein Ministerium für Repatriation. Da sind wir hingegangen und haben verlangt, dass man den Amerikanern zeigt, was man darf und was man nicht darf. Wir Idioten. Und man hat uns auch als solche angeschaut und behandelt. Man hat uns gesagt, da können sie nichts machen, wir sollen selber sehen. Und dann bat unser Kapitän um Benzin. Ich sagte schon, es war Chaos, es gab keine Benzinpumpen usw. Es war aber so, dass die Leute Benzin bei diesem Ministerium als Spende abgaben, damit man nach den Häftlingen fahren kann. Der Verantwortliche sagte uns, dass er sowas nicht hat. Und wir sollen sehen, dass wir schnell, schnell zurück fahren, da der Kapitän seinen Posten verlassen hat. Der hat dann gesagt: „Ja, wenn ich nicht in drei Tagen zurück bin, dann bin ich ein Deserteur.“ Und wir hatten kein Benzin.

Wir suchten und suchten. Hier hat er sich fünf Liter besorgt, und da zehn Liter. Ich war immer dabei, weil ich bei den Verhandlungen mit den sowjetischen Soldaten übersetzen musste. Irgendwann haben wir erfahren, dass in Hradec Králové, ungefähr hundert Kilometer von Prag, Benzin zu haben ist. Bei den Soldaten oder was weiß ich. Nicht für Geld, es war so: entweder ist es oder ist es nicht. Da sind wir gefahren. Ich erinnere mich noch an die Straße: von den Panzern war sie wie ein Kartoffelfeld. Tatsächlich haben wir dort Benzin bekommen.

Wir haben uns entschieden, am nächsten Morgen fahren wir zurück. Mich



Věra Picková mit Münchner Freunden auf dem Oktoberfest 1998

brauchten sie wieder als Dolmetscherin. Also habe ich meiner Mutter gesagt: „Morgen fahren wir weg.“ Sie hat uns etwas für die Reise vorbereitet. Natürlich war sie nicht glücklich, aber wir mussten doch fahren, um die Leute zurück nach Hause zu holen. Und noch an dem Tage, an dem ich gekommen bin – ja, da ist dann mein künftiger Mann gekommen, der jeden Tag kam, um sich zu erkundigen, was mit mir los ist. Und da trafen wir uns. – Aber dann musste ich zurückfahren. Zeitig morgens früh, ungefähr um drei Uhr, hörte ich, dass ein Stein ans Fenster geworfen wird. Ich wusste sofort, das ist Vater. Ich ging zum Fenster, und es war wirklich mein Vater. Ich rief meine Mutter. Da haben wir uns umarmt und geküsst, und ich zog zurück, nach Deutschland.

Da haben wir weiter die Repatriation vorbereitet, in der Hoffnung, dass die Amerikaner doch eines Tages zur Vernunft kommen. Irgendwann konnten wir die ersten Leute heimbringen. Ich sollte auch wieder mitfahren, um zu dolmetschen. Wir sollten nur das Nötigste mitnehmen. Was hat die Věra Picková mitgenommen damals von Deutschland? Die zwei Säcke Bücher. Die waren inzwischen in Koffer verpackt, so dass man nicht sah, was drinnen war. Und es waren auch die paar Löffel, die ich gehabt habe, dabei und ich glaube ein Messer und eine Gabel, also das Nötigste, und die Suppenkelle, die man mir gegeben hat – und ein Bettbezug, ein kariertes, damals hatte man diese blaukarierten. Das haben mir die Chauffeurs hinten drauf getan, und ich saß mit vorn in der Kabine als Dolmetscher, und nun fuhren wir nach Hause. Alles ging gut, aber hinter Dresden auf der Autobahn ging ein Rad kaputt. Und sie hatten keinen Ersatz. In der Nähe standen die Russen, wie überall. Da sind wir losgezogen, um sie zu bitten, ob sie uns ein Rad geben können. Ich bin mit ihnen gegangen, wir haben uns gemeldet, man brachte uns in die Küche, der Sol-

dat vom Dienst sagte: „Ich werde meinen Chef fragen.“ Er kam zurück und sagte: „Ja, Sie bekommen es und wir montieren es auch ein, und Sie bekommen auch den Ersatzdungsda, aber unser Major feiert heute seinen Geburtstag, er ladet euch zu Tisch. Erst dann könnt ihr wegfahren.“ Sie waren aber gute Leute und so haben sie uns gesagt: „So hungrig lassen wir euch nicht nach oben.“ Wir bekamen das Soldatenfutter, und das war so eine Art Brei aus Graupen oder so etwas, ein Eintopf mit Stücken von fettem Fleisch oder Speck. Ich wollte nicht, das schmeckte mir nicht besonders, aber sie sagten: „Essen Sie.“ Und sie wussten, warum.

Als wir nach oben kamen, saß der Major allein am Tisch. Da hatte er die Flaschen, etliche leer, etliche voll, und da hatte er so Soldatentöpfe, in einem war Speck – das hab ich für mein ganzes Leben mir gemerkt – Speck und Zwiebeln und Sauerkraut usw. Und er war schon ein bisschen angetrunken. Dann hat er von seinem Leben erzählt. Der Angetrunkene erzählt die Wahrheit, er kann sich nicht kontrollieren. Er hat erzählt, dass er Witwer geworden ist, weil wie die Deutschen einmarschierten, da gingen die sowjetischen Soldaten und Offiziere zur Front, und seine Frau und sein Sohn schafften es nicht, ins Innere des Landes zu kommen. Als dann die Rote Armee vorrückte, erfuhren sie, dass – entschuldigt, er sagte, es waren Deutsche, ich weiß nicht, ob es SS-Leute waren oder Armee – zuerst vor ihren Augen den Sohn erschossen haben, und dann haben sie sie vergewaltigt und auch erschossen. Da die Rote Armee sehr schnell vorgerückt ist, haben sie denjenigen, der den Befehl dazu gegeben und das auch getan hatte, geschlappt. Der Major hat gesagt: „Er lag vor meinen Füßen, er leckte mir die Schuhe und bat um Barmherzigkeit. Ich zog meine Pistole, aber – die Russen haben so ein Sprichwort: Den Liegenden schlägt man nicht. Ich habe ihn nur so mit dem

Schuh zur Seite geschoben und mich umgedreht. – Natürlich haben wahrscheinlich seine Soldaten ihn erschossen, aber dieses da, dass der Mensch in diesem Moment nicht den Liegenden erschießen kann, obzwar der ihm das angetan hat – ich habe immer gedacht, das ist vielleicht nur dem sowjetischen Menschen eigen. Wenn er ihn erschossen hätte, was wäre das? Es wäre nicht einmal Rache, das wäre eine Strafe, nicht? Na, wir haben weiter getrunken. Und dann hat er gesagt: „Wisst ihr, ich gebe euch noch zwei Fässer Benzin oder was ihr wollt, aber ich bin so allein hier und bin Witwer – lasst das Mädchen hier.“ Tja, das war nicht so einfach. Denn mit der Pistole konnte er hantieren. Da haben die anderen mir so zuzuwinkelt und fingen an mit – wie heißt das? Toast? Wenn Du trinkst und sagst „Zum Wohl dem Stalin“ oder was weiß ich? Da musste er trinken. Er hatte schon vorher getrunken, wir nicht, und wir hatten eben diesen Brei gegessen!

Wenn es ging, trank einer, und der andere goss es aus, ich auch, so dass wir ihn endlich fertig getrunken haben. Da ist er unter den Tisch gefallen, und wir sind raus gegangen, und das Rad war schon montiert und das Ersatzrad da und alles blankgeputzt, und wir sind weiter nach Prag.

Wisst ihr, wo der Pulverturm ist, ja? Am Pulverturm blieben wir stehen. Da stiegen alle aus, und ich bat, mir meine Koffer zu geben. Du, wie sie mir das runter gegeben haben, die haben mich ziemlich schief angeguckt. Die gesammelten Werke, das ist schwer!

Da hab ich meine Koffer geschleppt, immer fünf Schritte den einen, dann zurückgekommen, fünf Schritte den andern usw. Ganz selbstverständlich ging ich an die Straßenbahnstation – es war für mich selbstverständlich, dass dort die Straßenbahn Nr. 7 steht, die mich nach Hause bringt. Sie war da, ich bin reingekrochen mit den beiden Koffern – jemand hat mir noch geholfen – hab mich hingesetzt und fuhr nach Hause und sorgte mich nicht um Fahrschein oder so was. Und von der Straßenbahn nach Hause hab ich wieder die Koffer geschleppt, immer ein Stückchen den einen, und dann zurück und den anderen.

Und dabei war auch dieser Löffel.

Aus: *Deutsch-Tschechische Nachrichten* Nr. 53, 19.9.03

Aus dem Inhalt der DTN Nr. 53

Gewerkschaftsverbände machen mobil • Vertreibungszentrum: Aufruf • Dialog mit jüdischen Opfern vermieden • Schröder-Besuch in Prag • SZ-Interview mit Vladimír Špidla • Aus einem Artikel des polnischen Staatspräsidenten Alexander Kwasniewski • Nazis planten Anschlag auf Jüdisches • Zentrum in München • 65 Jahre nach dem Diktat von München • Sebnitz: Ein Fest an der Grenze • Abschied von Voera Picková • Der Löffel – Erzählt von Voera Picková • Schönen Sonntag mit Pan Tau
Alle Ausgaben der DTN sind im *.pdf Format dokumentiert unter:
www.gnn-archiv.staticip.de/archiv/DTN/

Dokumentiert: Auszüge aus dem Artikel des polnischen Staatspräsidenten Alexander Kwasniewski in der Tageszeitung RZECZPOSPOLITA vom 15.9.2003

„Gegen ein Europa nationaler Feindseligkeiten“

Es gibt vieles, worüber Polen und Deutsche miteinander reden sollten. Über die Gestalt unserer Nachbarschaft, wenn Polen der EU angehört, und über die Wege der Annäherung unserer Bevölkerung. Über ein gemeinsames Europa, die Zukunft der NATO, die internationale Sicherheit. Immer mehr Platz in den polnisch-deutschen Beziehungen nimmt hingegen die Debatte über die Aussiedlungen von Deutschen in den Jahren 1944-1945 und das Zentrum gegen Vertreibungen ein. Bedeutet das denn, dass wir die Zukunft vernachlässigen und die Zeit dem Aufreißen geschichtlicher Wunden opfern? Das glaube ich nicht. Diese Debatte – auch wenn sie nicht einfach ist – brauchen wir offenbar.

Aufgebracht hat das Thema die deutsche Seite. Die Deutschen befinden sich heute in einer wichtigen Phase neuer Identitätsfindung, des Generationswechsels, des Ringens mit dem bösen und gleichzeitig tragischen Erbe ihrer Geschichte. Die Polen könnten anerkennen, dass es sich dabei um innerdeutsche Wirrnisse handelt, in die wir uns nicht einmischen sollten – wenn wir nicht unmittelbar davon betroffen wären. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie unsere Nachbarn die Geschichte bewerten, die wie ein Trauma auf dem Schicksal unseres Volkes und ganz Europas lastete. Wir können die Forderungen des seit 1998 von Erika Steinbach geleiteten Bundes der Vertriebenen, die von nicht wenigen herausragenden Repräsentanten des deutschen öffentlichen Lebens unterstützt worden sind, nicht ohne Reaktion belassen. [...]

Die Diskussion um die Idee, in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten, wird immer heftiger. Die polnische Öffentlichkeit ist beunruhigt, ja sogar empört. Auf beiden Seiten fallen harte Worte. Damit riskieren wir, dass die guten polnisch-deutschen Beziehungen, die wir einem mühevollen Aussöhnungsprozess verdanken, aufs Spiel gesetzt werden. Kurz vor der historischen Erweiterung der Europäischen Union, der endgültigen Durchstreichung der Teilungen von Jalta, wäre dies das schlimmste „Geschenk“, das sich unsere Völker und Europa machen könnten. Daher ist es an der Zeit, in die Debatte ein wenig Ordnung hineinzubringen. Wenn wir einen authentischen Dialog führen wollen, dann muss mit einigen grundlegenden Feststellungen und einigen fundamentalen

Fragen begonnen werden, die den Initiatoren eines Berliner Zentrums, das vor allem das Schicksal der deutschen Vertriebenen dokumentieren soll, gestellt werden müssen. Meine Äußerungen bitte ich als Appell um Wahrung des Zusammenhangs – der geschichtlichen Zusammenhänge und der Zusammenhänge in der Zukunft – zu verstehen.

Beginnen wir mit einer klaren Behauptung zum rechtlichen Aspekt des Problems. In Erklärungen des Bundes der Vertriebenen werden die Aussiedlungen als „Unrecht“ bezeichnet, fordert man die Rückgabe des verlorenen Vermögens oder die Zahlung von Entschädigungen. Es ist daran zu erinnern, dass die Deutschen nach der bedingungslosen Kapitulation von Hitlers Truppen ihre gesamte internationale Handlungsfähigkeit verloren haben. Die Besatzung Deutschlands war keine einfache militärische Besatzung nach dem Modell der Vierten Haager Konvention vom Jahre 1907. Die oberste Macht in Deutschland übten vier Mächte aus, die befugt waren, jegliche Entscheidungen hinsichtlich der Grenzen und der Bevölkerung Deutschlands zu treffen und in Potsdam solche Entscheidungen auch getroffen haben. Die Aussiedlungen, vorgenommen durch die Nachkriegsregierung Polens und der Tschechoslowakei, erfolgten in Erfüllung der Beschlüsse der Vier Mächte. Ich wäre heute sehr vorsichtig, mich auf eine Diskussion darüber einzulassen, ob diese Maßnahmen rechtmäßig waren. Das bedeutet, die Büchse der Pandora zu öffnen. Denn waren angesichts dessen andere Entscheidungen der Siegermächte bezüglich des besiegten Deutschlands rechtmäßig? Sind die Nachkriegsgrenzen in Europa rechtlich begründet? Ich möchte nicht übertreiben, aber es muss daran erinnert werden, womit die Schwierigkeiten auf unserem Kontinent begonnen haben, die letztlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten: mit der Untergrabung des Versailler Vertrages.

Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, die zweifellos schmerzhaft war und viele menschliche Tragödien zur Folge hatte, war kein Verstoß gegen das Völkerrecht. Zitiert werden muss hier Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen, wonach keine Bestimmung der Charta Maßnahmen, die dazu berechnete Regierungen gegenüber einem feindlichen Staat, also vor allem gegenüber Deutschland und Japan, in Folge des Zweiten Weltkrieges ergriffen haben, für ungültig erklären oder ausschließen konnte. Mit anderen Worten – die in der UN-Charta enthaltenen Garantien gegenüber dem besiegten Deutschland waren wirkungslos.

Verurteilung der Fehler

Natürlich standen der deutschen Bevölkerung die grundlegenden Menschenrechte zu, die jeden Menschen immer und überall schützen, unabhängig von den Umständen. Wenn es also bei den Aus-



Der polnische Staatspräsident Kwasniewski

siedlungen Unrechtsakte gegeben hat, die auf menschliche Fehler zurückzuführen waren, die bei solchen Maßnahmen unumgänglich sind, sowie auf Verbrechen konkreter Personen, dann müssen diese entschieden verurteilt werden. Unsere Moral, unsere Menschlichkeit gebieten uns, uns in Mitgefühl vor dem Leid jedes unschuldigen Opfers zu verneigen. [...]

Die Unrechtsstaten Einzelner müssen jedoch deutlich unterschieden werden von den verbrecherischen Taten der Staaten selbst. Dort, wo die Umsiedlungsaktionen Vernichtungscharakter hatten, sei es in der Absicht oder in der Konsequenz, standen solche Maßnahmen im Widerspruch zu dem Teil des Völkerrechts, das wir jetzt als humanitäres Recht bezeichnen. Dieser Art waren zahlreiche Umsiedlungsaktionen Hitler-Deutschlands in den besetzten Gebieten. So zu bewerten sind auch die Deportationen von Polen nach Sibirien, wo die Lebensbedingungen nur eine geringe Chance zum Überleben boten. Die Deutschen hingegen blieben im eigenen Land, mit veränderter territorialer Gestalt. Und obwohl sie mit Integrationsschwierigkeiten konfrontiert waren, war ihre Existenz nicht bedroht.

Moralische Dimension

Von der rechtlichen Dimension ist die moralische und politische Dimension des Problems zu unterscheiden. Die erste Frage, die die Polen heute interessiert, ist die geschichtliche Erinnerung. Ob die Befürworter der Idee eines Berliner Zentrums nicht vergessen haben, wessen Politik zu den Aussiedlungen geführt hat? Erinnern sie sich daran, dass – bevor die Deutschen selbst auf der eigenen Haut die Folgen des Hitlerschen Totalitarismus zu spüren bekamen – andere Völker Europas Opfer von Aussiedlungen wurden, vor allem Juden und Polen? Wir erinnern uns stets an die Millionen Juden – polnische Bürger, die aus ihren Häusern geworfen, vom Okkupanten von Ort zu Ort getrieben, in Ghettos eingeschlossen und schließlich ermordet wurden. Zu erinnern ist auch an das Schicksal der 150 000 Polen, darunter polnischer Kinder, die in den Jahren 1942–1943 vom deutschen Besatzer aus dem Gebiet Zamojsc vertrieben wurden, wo ein rein deutsches Gebiet entstehen sollte.

Ob das Schicksal dieser Kinder in den Plänen der Ausstellung gegen Vertrei-

bungen berücksichtigt worden ist? Ob es dort Platz geben wird für die Schilderung des Schicksals der Zwangsarbeiter, die von Gebieten des besetzten Polen ins Innere Deutschlands deportiert worden sind? Ob das Drama der Warschauer berücksichtigt wird, die nach der Niederschlagung des Aufstands aus der Stadt vertrieben worden sind?

Wir befinden uns auf einer Reise in die Vergangenheit

Viele Befürworter des Berliner Zentrums fühlen sich durch solche Behauptungen beleidigt. Schließlich haben sie nie versucht, die deutschen Verbrechen zu vertuschen. Das glaube ich. Die weitere Frage lautet aber: Warum haben die Befürworter eines Berliner Zentrums es dazu kommen lassen, dass es wieder zu einer traurigen Notwendigkeit wird, an diese Tatsachen zu erinnern? [...] Allein das ist schon Beweis genug, dass die Idee, ein Zentrum in Berlin zu errichten, nicht verbindet, sondern teilt, nicht zu einer gemeinsamen Zukunft führt, sondern in eine besondere Vergangenheit.

Wer läuft Amok?

Die Befürworter der Idee, ein Zentrum in Berlin zu errichten, betonen häufig, dass sie die polnischen Reaktionen nicht verstehen. Die polnischen Emotionen und Ängste wundern sie. Setzt man sich jedoch mit dem Ausmaß des Leids, das die Polen durch den Besatzer erfahren haben, gründlich auseinander, dann kann man diese Emotionen sehr gut verstehen. Nicht die Polen laufen wegen des Berliner Zentrums „Amok“. Die Polen können bis heute die Konsequenzen des „Amoklaufs“ nicht abschütteln, in den zwischen 1933 und 1945 viele Deutsche verfielen. [...] Die Befürworter des Berliner Zentrums scheint die Erinnerung an die Ereignisse zu irritieren, die vor den Aussiedlungen stattfanden und die letztendlich zu den Aussiedlungen geführt haben. Sie erinnern sich doch an die Naziverbrechen, jetzt aber erwarten sie, dass das Thema gewechselt wird. In der Behauptung nämlich, das sei „ein anderes Thema“ steckt der fundamentale Fehler, der die polnische Öffentlichkeit erregt. Die Verbrechen des Dritten Reiches, der Zweite Weltkrieg und die Aussiedlungen sind keine verschiedenen Themen, sondern ein und das selbe. Das Auseinanderreißen der historischen Zusammenhänge von Ursache und Wirkung zwischen der aggressiven Politik des deutschen Nazismus und den Aussiedlungen, von denen sowohl die polnische als auch die deutsche Bevölkerung betroffen war, legt zwangsläufig den Verdacht nahe, dass wir es mit dem Versuch zu tun haben, die historische Bewertung der deutschen Aggression gegenüber anderen sowie den Prozess der „deutschen Selbstvernichtung“ zu revidieren, um mit den Worten Joschka Fischers zu sprechen. [...]

Quelle: Deutsche Welle, Monitor 16.9.2003

Friedensratschlag vor kleinem Jubiläum

10. Friedenspolitischer Ratschlag am 6./7. Dezember 2003 in Kassel – Worum es geht

Von Peter Strutyński

Die Friedenspolitischen Ratschläge, die seit 1994 alljährlich am ersten Dezemberwochenende in Kassel stattfinden, waren immer schon etwas besonderes. Trafen sich dort jeweils mehrere Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Regionen Deutschlands sowie aus dem Ausland, um mit Friedenswissenschaftlern und anderen Experten aktuelle Fragen der internationalen Politik zu erörtern, außen- und sicherheitspolitische Strategien der führenden Industriestaaten kennen zu lernen und die Hintergründe und Ursachen inner- und zwischenstaatlicher Konflikte und bewaffneter Auseinandersetzungen zu analysieren. Darüber hinaus wurden die „Ratschläge“ ausgiebig dazu genutzt, landesweite und internationale Kontakte herzustellen oder zu vertiefen und der Friedensbewegung Anregungen für ihre weitere Arbeit mit auf den Weg zu geben. Neun Mal hat das bisher eigentlich ganz gut geklappt.

Nun steht der zehnte „Ratschlag“ ins Haus. Am 6. und 7. Dezember wird dieses kleine Jubiläum gewiss wieder mit der gewohnten Routine (ohne die geht es nicht) begangen. Ein wenig feiern sollten die Teilnehmer/innen aber auch. Denn wenn vor neun Jahren jemand gesagt hätte, dass sich die damals zum ersten Mal in der Kasseler Universität (sie hieß damals noch bescheidener „Gesamthochschule“) treffende Konferenz zum der-einst wichtigsten „Weiterbildungs-“ und Strategietreffen der Friedensbewegung entwickeln würde, wäre er sicher als hoffnungsloser Illusionist belächelt worden. Heute lächelt darüber niemand mehr. Im Gegenteil: Es gibt Kräfte, z.B. im Kölner Verfassungsschutzamt, denen das Lächeln spätestens seit der Ablösung der Kohl-Regierung 1998 vergangen ist. Seit dieser Zeit wird der „Bundesausschuss Friedensratschlag“ von der rot-grünen Bundesregierung nicht nur observiert, sondern auch in den jährlichen Verfassungsschutzberichten als „linksextremistisch“ beeinflusst mit einem eigenen Abschnitt gewürdigt. Im letzten Bericht heißt es durchaus zutreffend, wenn auch unvollständig: „Auf dem ‚9. Friedenspolitischen Ratschlag‘ des ‚Bundesausschusses‘ am 7./8. Dezember in Kassel kündigten die Veranstalter für den Fall einer militärischen Intervention im Irak vielfältige Aktionen an. In einem Aufruf wurde den USA unterstellt, sie beabsichtigten weder einen ‚Antiterror-Kampf‘ noch die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen oder die Herstellung

von Demokratie und Menschenrechten. Es gehe ihnen vielmehr um die Durchsetzung geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen in einer der energiereichsten (Öl-) Regionen der Welt.“

Es mag andere politische Kräfte geben, denen der Friedensratschlag ein Dorn im Auge ist. In der „Friedensszene“, d.h. innerhalb der doch sehr bunten und vielgestaltigen Friedensbewegung und Friedensforschung als den beiden tragenden Elementen der „Ratschläge“, hat sich der Dezembertermin in Kassel indessen zu einem absoluten Muss entwickelt. Der Jubiläums-Ratschlag 2003 dürfte hierin keine Ausnahme machen. Es besteht großer Bedarf, sowohl über die weltpolitischen (manche sagen sogar: welthistorischen) Implikationen des Irakkrieges als auch über die Perspektiven der „Internationale des Friedens“, jener „zweiten Supermacht“ Friedensbewegung zu diskutieren und Schlussfolgerungen für deren weitere Arbeit zu ziehen. Wie können „Perspektiven einer friedlichen Welt“ aussehen (so das Motto des 10. Ratschlages) angesichts des schier schrankenlos agierenden US-Imperiums? Welche Möglichkeiten bieten sich der Welt und der Weltfriedensbewegung, über den verzweifelt anmutenden, gleichwohl unabdingbaren Kampf gegen die militärische Globalisierung, gegen das Alltäglicherwerden von Gewalt, Krieg und Intervention hinaus zu gehen und die Vision einer friedlicheren Welt zu propagieren, positive Politikansätze zu entwerfen, wie dieser Wahnsinn zu stoppen ist?

Der 10. Friedensratschlag wird sich diesen Fragen auf eine dreifache Weise

stellen. Erstens wird es darum gehen, sozusagen im Anschluss an den von der globalisierungskritischen Bewegung angezettelten Diskurs zu bestimmen, wie „Globale Gerechtigkeit statt neoimperialer Vorherrschaft“ aussehen und funktionieren könnte (Themenkreis 1). Dass hier die „Erste“ und die „Dritte Welt“ sich als Antipoden gegenüberstellen, ist die wichtigste, aber nicht die einzige Facette des Themas. Der Kampf um die „neoimperial Vorherrschaft“ wird auch innerhalb der „Ersten Welt“ geführt und manche europäische Spitze gegen die USA entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Rangeln um die Pole Position im globalen Konkurrenzkampf um Profitraten, Ressourcen und geostrategische Vorteile.

Vorankündigung:

10. Friedenspolitischer Ratschlag am 6./7. Dezember 2003 in Kassel

Perspektiven einer friedlichen Welt

Globale Gerechtigkeit statt neoimperialer Vorherrschaft

**Zivile Prävention statt Präventivkriege
Abrüstung statt Sozialabbau**

Themenkreis 2 („Zivile Prävention statt Präventivkriege“) konkretisiert insbesondere die europäische Diskussion um grundlegende Alternativen zu einem ausschließlich auf militärische Schlagkraft gegründete Weltaußenpolitik, wie sie in der Nationalen Sicherheitsdoktrin des US-Präsidenten vom 20. September 2002

unverblümt festgeschrieben wurde. Diese Alternativen sind auf zwei Ebenen zu suchen: Einmal geht es auf der „Makroebene“ darum, die fortschreitende Militarisierung der EU zu stoppen (Solanas Entwurf zu einer europäischen Militärdoktrin atmet geradezu den Geist des Weißen Hauses) und Europa als „Zivilmacht“ einzurichten; zum anderen sollen auf der „Mikroebene“ Beispiele erfolgreicher ziviler Präventionsmaßnahmen und die politischen Voraussetzungen ihres Funktionierens dargestellt werden.

Im dritten Themenkreis („Abrüstung statt Sozialabbau“) wird der altbekannte, aber aus der öffentlichen Diskussion erfolgreich verdrängte Zusammenhang zwischen den zunehmenden Kosten der Hochrüstung und den abnehmenden finanziellen Ressourcen des Staates für die gesellschaftliche Reproduktion wieder hergestellt. Während sich die Regierungskoalition unter Assistenz von Opposition und Unternehmerverbänden daran macht, zum „größten sozialen Kahlschlag“ in der Geschichte der Bundesrepublik auszuholen (so die Kritik der Wohlfahrts- und Sozialverbände an der „Agenda 2010“) auszuholen, werden im Gegenzug dem Verteidigungsministerium wieder steigende Militärausgaben zugesagt – eine sozialpolitische Schieflage, unter der nicht mehr nur die Ärmsten der Armen (Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose), sondern auch die Masse des von abhängiger Arbeit lebende Teils der Gesellschaft zu leiden haben werden. Es wird zu prüfen sein, ob ein entsprechender Unterschriften-Appell, der gemeinsam vom Bundesausschuss Friedensratschlag und vom Gewerkschaftlichen Netzwerk gegen den Krieg

auf den Weg gebracht wurde, den Nerv der Friedensbewegung zu treffen vermag.

Bleibt zu hoffen, dass das Stelldichein, das sich Friedensbewegung, Friedensforschung und Politik am 6. und 7. Dezember an der Kasseler Uni geben werden, wieder zu einem informationsreichen, anregenden, streitbaren und erlebnisreichen Treffen im Kriegs- und Friedensjahr 2003 wird. Die Veranstalter werden sich im Übrigen etwas einfallen lassen, um dem runden Geburtstag einen festlichen Ausdruck zu verleihen. Dieser Beitrag erschien in: *FriedensJournal*, Nr. 6, September 2003. Das *FriedensJournal* wird vom Bundesausschuss Friedensratschlag herausgegeben und erscheint sechs Mal im Jahr. Redaktionsadresse (auch für Bestellungen und Abos):

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt a.M. (Tel.: 069/24249950); e-mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de)
Quelle: www.friedensratschlag.de



An der Organisation der Großdemonstration am 15.2. in Berlin war der Friedensratschlag maßgeblich beteiligt. Bild: Arbeiterfotografie

Friedensratschlag: Aufruf zum Frieden im Nahen Osten

- Roadmap vor dem Aus
- Keine einseitigen Schuldzuweisungen: Konflikt hat strukturelle Ursachen
- Arafats Ausweisung ein Schritt in das Gewaltchaos
- Politiker sollen sich vor Arafat stellen
- 27. September soll Aktionstag für den Nahen Osten werden

Der Bundesausschuss Friedensratschlag nimmt zur dramatischen Gewalteskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt wie folgt Stellung:

Die Roadmap, die von den Vereinten Staaten, der EU, Russland und den Vereinten Nationen in der Absicht verabschiedet worden war, die Gewaltexzesse im Nahen Osten zu stoppen und den Friedensprozess wieder in Gang zu bringen, steht vor dem vollständigen Aus. Die Wiederaufnahme von Anschlägen auf Zivilisten in Israel und jüdische Siedler in den besetzten palästinensischen Gebieten sowie die fortdauernden gezielten Angriffe und Razzien israelischer Truppen auf Menschen und Einrichtungen in den besetzten Gebieten haben die ohnehin geringe Hoffnung auf einen Erfolg des vor zwei Monaten beschlossenen Waffenstillstands zunichte gemacht.

Die nahezu unkontrollierbar gewordene Eskalation der Gewalt und die Aufeinanderfolge von Gewalttaten auf beiden Seiten verbieten es, einer der beiden Seiten die alleinige Schuld für die dramatische Zuspitzung der Lage zuzuweisen. Der andauernde Konflikt hat historische und strukturelle Ursachen, deren Kern die andauernde Besetzung palästinensischen Landes und die Missachtung der Rechte der Palästinenser durch die israelischen Behörden bilden. Es kann keinen Frieden im Nahen Osten geben, wenn dem palästinensischen Volk das Recht auf einen eigenen Staat in den Grenzen von 1967 einschließlich der Hauptstadt Ostjerusalem verweigert wird. Und es kann ebenso keinen Frieden geben, wenn Israel nicht den Bau der Mauer stoppt, auf die völkerrechtswidrige Besiedlung palästinensischen Landes ein für alle Mal verzichtet und die Siedlungen räumt.

Es wird schließlich auch keinen Frieden geben, wenn sich Israel weigert, die Realitäten in Palästina anzuerkennen. Zu diesen Realitäten gehört der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Palästinenserpräsident Yassir Arafat, Friedensnobelpreisträger 1995 (zusammen mit dem später von rechtsradikalen Israelis ermordeten Premierminister Rabin und dem damaligen Außenminister Peres). [...] Die Ausweisung Arafats bedeutet in Wirklichkeit dessen Tod – denn Arafat wird sich einer Ausweisung nicht fügen. Seine Liquidierung aber wäre das Signal für einen Ausbruch von Hass, Gewalt und Blutvergießen, ein allgemeines Gewaltchaos, wogegen die bisherige Intifada nur als ein harmloses Vorspiel erscheint.

Die Friedensbewegung in Deutschland ist sich ihrer Verbundenheit mit der israelischen Friedensbewegung und mit anderen Stimmen der Vernunft und Gewaltlosigkeit in beiden Lagern bewusst. Der Bundesausschuss Friedensratschlag unterstützt daher alle Bestrebungen, die sich der Eskalation widersetzen und die Gewaltspirale durchbrechen wollen. Die Verhinderung eines wie auch immer gearteten Angriffs auf Arafat ist die erste politische Aufgabe, zu der die israelische Regierung durch die Staaten der Welt, auch durch die Bundesregierung gezwungen werden muss. Israel muss zweitens dazu gebracht werden, seine gezielten Liquidierungen und andere „Vergeltungsaktionen“ in den besetzten Gebieten einzustellen. Der Autonomiebehörde muss endlich die Gelegenheit gegeben werden, ihre Sicherheitsprobleme allein in die Hand zu nehmen. Nur so können schließlich die verbrecherischen Mordattentate auf Zivilisten unterbunden werden.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft die Friedensbewegung auf, sich des israelisch-palästinensischen Konflikts stärker anzunehmen als sie dies in der Vergangenheit – sicher aus einer wohl begründeten Zurückhaltung – getan hat. Ihre politischen Forderungen orientieren sich dabei an denen der israelischen Friedensbewegung. Gush Shalom, der israelische „Friedensblock“, hat soeben beschlossen, mit „menschlichen Schutzschildern“ den Amtssitz von Arafat zu beschützen. Wir meinen, es ist an der Zeit, dass auch prominente Politiker des Nahost-„Quartetts“ ihrer Besorgnis um das Schicksal des Nahen Ostens dadurch Ausdruck verleihen, dass sie sich demonstrativ vor den Palästinenserpräsidenten stellen.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft die Friedensbewegung auf, am 27. September mit lokalen Aktionen, Kundgebungen, Mahnwachen oder Informationsveranstaltungen auf die hochexplosive Lage im Nahen Osten aufmerksam zu machen und von den Regierenden politische Lösungen zur Eindämmung des Konflikts einzufordern. Der 27. September soll in verschiedenen Ländern als internationaler Aktionstag gegen den Irakkrieg und für einen gerechten Frieden im Nahen Osten begangen werden.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski, Sprecher

27./28. September, Dortmund: Wider den permanenten Krieg. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden. Ziel der Friedensbewegung ist es heute, gegen die militärische Durchsetzung von wirtschaftlichen Globalisierungsinteressen wirkungsvoll einzutreten und alternative Politikanalysen zu stärken. Zwischen bewegenden Höhepunkten wie den weltweiten Großdemonstrationen gegen den Irakkrieg spielen dabei sorgfältig überlegte Kampagnen eine wichtige Rolle. Dabei ist kaum eine Organisation oder ein „Spektrum“ der Friedensbewegung in der Lage, für sich allein wirkungsvolle Kampagnen zu planen und umzusetzen. Zudem gibt es immer mehr wichtige und notwendige Themen, als Ressourcen zu ihrer wirkungsvollen Bearbeitung. Aus einer Vielfalt von Themen und Ideen nun solche herausarbeiten, die eine Chance haben, viele Aktive zur Mitarbeit zu begeistern und dadurch bestmögliche Voraussetzungen für politischen Erfolg bieten, dieser spannenden Aufgabe soll sich die Strategiekonferenz widmen.

Samstag: 12-13 Uhr Anmeldung, Foyergespräche. 13h Eröffnung der Konferenz: Block 1 – Plenumsvorträge zur Situationsanalyse: N.N., BICC: Unipolare oder multipolare Welt? Prof. Dr. Wolfgang Vogt, Pax Forum e.V., Friedensforscher, Strategien zur Zivilisierung von Konflikten; Kurt Haymann, attac: Globalisierung und Krieg; Moderation: Brigitte Schubert, DFG-VK. 15h Block 2 – Für den Frieden handeln: Kampagnen und Vernetzungen. Prof. Dr. Dr. Horst Eberhard Richter, Ein Vorschlag zum Handeln. Diskussion und weitere Ausarbeitung der vorgeschlagenen Kampagnen in Plenum und Arbeitsgruppen. Mögliche Themen: Regionale Konflikte, Israel/Palästina, Europa, innere Militarisierung, Verteidigungspolitische Richtlinien, Völkerrecht, Verteilungskriege... Moderation: Ulrich Wohland, Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden 18h Pause mit Möglichkeit zum Abendessen 19h Intermezzo: Krieg, Macht und Demokratie – wie setzen wir Frieden durch? Mit: Margret Mönig-Raane, ver.di (angefragt); Winfried Nachtwei, MdB, Verteidigungsausschuss; Jochen Stay, resist; Winfried Wolf, PDS; Dr. Reinhard J. Voß (pax christi); Moderation: Reiner Braun, Naturwissenschaftler-Initiative für Friedens- und Zukunftsfähigkeit

Sonntag: 9-10h Stehcafé und Infomarkt. 10-13h Block 3 – Verabredungen und Beschlüsse. Aktionsplan Kooperation 2004. Vorstellung der Friedenspolitischen Richtlinien. Schlusswort Volker Böge, Komitee für Grundrechte und Demokratie

1./2. Oktober, Bremen: Europäisches Netzwerk für „Bildung von unten“. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung initiiert ein neues europäisches Netzwerk für „Bildung von unten“. Das Netzwerk richtet sich an alle Arten von Gruppen, Projekten, Institutionen, die als nicht-kommerziellen Projekte politische Bildung leisten und das Wissen der emanzipatorischen sozialen Bewegungen weitergeben. Herzstück des Netzwerks wird eine elektronische Plattform sein, die folgende Möglichkeiten bieten wird: 1. Austausch von Materialien für Bildungsarbeit von unten (Texte, Broschüren, Reader, Audio- und Videosendungen). Die Inhalte der Plattform werden von den teilnehmenden Gruppen selbst betreut und gestaltet. 2. Erstellung neuer Materialien online, auch durch Zusammenstellen, Ändern, Bearbeiten von bereits vorhandenem Material, um es der eigenen Arbeit anzupassen. 3. Kollektive Erarbeitung von Materialien (gemeinsames Online-Arbeiten an Texten, Broschüren etc.). 4. Online-Kommunikation zwischen TeilnehmerInnen (zwischen Einzelpersonen und zwischen Gruppen). 5. Gruppen stellen sich, ihre Materialien und damit zusammenhängende Infos selbst dar im Rahmen einer Netzarchitektur, die sich am Modell einer selbstorganisierten digitalen Stadt orientiert. 6. Gestaffelte Zugriffsrechte a) für das Einstellen, Verwalten und Bearbeiten von Materialien, b) für die visuelle Gestaltung des virtuellen Raums selbst, der von der jeweiligen Gruppe „bewohnt“ wird. Die rls entwickelt derzeit eine awf-basierte Software, die diese Anforderungen erfüllen soll. Ein erster Workshop findet am 1.-2. Oktober 2003 in Bremen statt. Der Workshop soll sowohl dem gegenseitigen Austausch und der Diskussion über Fragen der politischen Bildung und der Weitergabe des Wissens sozialer Bewegungen dienen, als auch der Präsentation einer ersten Demo-Version dessen, wie eine derartige elektronische Plattform aussehen kann. Die Teilnahme am Workshop ist kostenlos. Für nähere Informationen und Anmeldung bitten wir um Kontaktaufnahme unter: Christoph Spehr, yetipress@aol.com, ++49+421-255447 (tel. + fax), mobil 0178-5192591. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch (für Übersetzung wird gesorgt).